

Interimsnummer
Das Magazin im Umbruch_II

INFRASTRUKTURPOLITIK

- 5 **Grüne Infrastrukturpolitik – Schluss mit dem Pharao-Prinzip**
Bettina Jarasch und Daniel Wesener
- 8 **Vorsicht Einsturzgefahr! Rot-schwarze Investitionspolitik**
Clara Herrmann
- 10 **Flughafen – Was schiefgehen kann, geht schief**
Andreas Otto
- 12 **Die Geisterfahrt des Berliner Senats in Sachen S-Bahn**
Stefan Gelbhaar
- 14 **A 100: Sie wollen sinnlos weiterbauen**
Harald Moritz
- 16 **Dramatische Oper in unzähligen Akten**
Sabine Bangert
- 18 **Der Kampf ums Wasser wird sich verschärfen**
Heidi Kosche
- 20 **Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“**
Michael Schäfer
- 23 **Energiewende als Chance und Herausforderung**
Matthias Tang

MITGLIEDERVOLLVERSAMMLUNG

- 24 **Wir wählten die Listenkandidaten für 2013**
Landesgeschäftsstelle
- 26 **17.2.2013 Wie lief unsere MVV? – Liveticker**
Nils Rusche
- 28 **Unsere Berliner Kandidaten zur Bundestagswahl**
Uta Belkuis
- 30 **Landesdelegiertenkonferenz - Fotoimpressionen**
Bea Schulz
- 32 **Ein (politisches) Leben nach dem Parlament – Wolfgang Wieland**
Johann Müller-Gazurek, Sibyll Klotz, Wolfgang Wieland

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – AKTIV

- 33 **Neue Redaktion – In eigener Sache**
Uta Belkuis, Matthias Tang
- 34 **Mitmachen thematisch und mitmachen vor Ort**
Alle Berliner Bündnis 90/Die Grünen Adressen

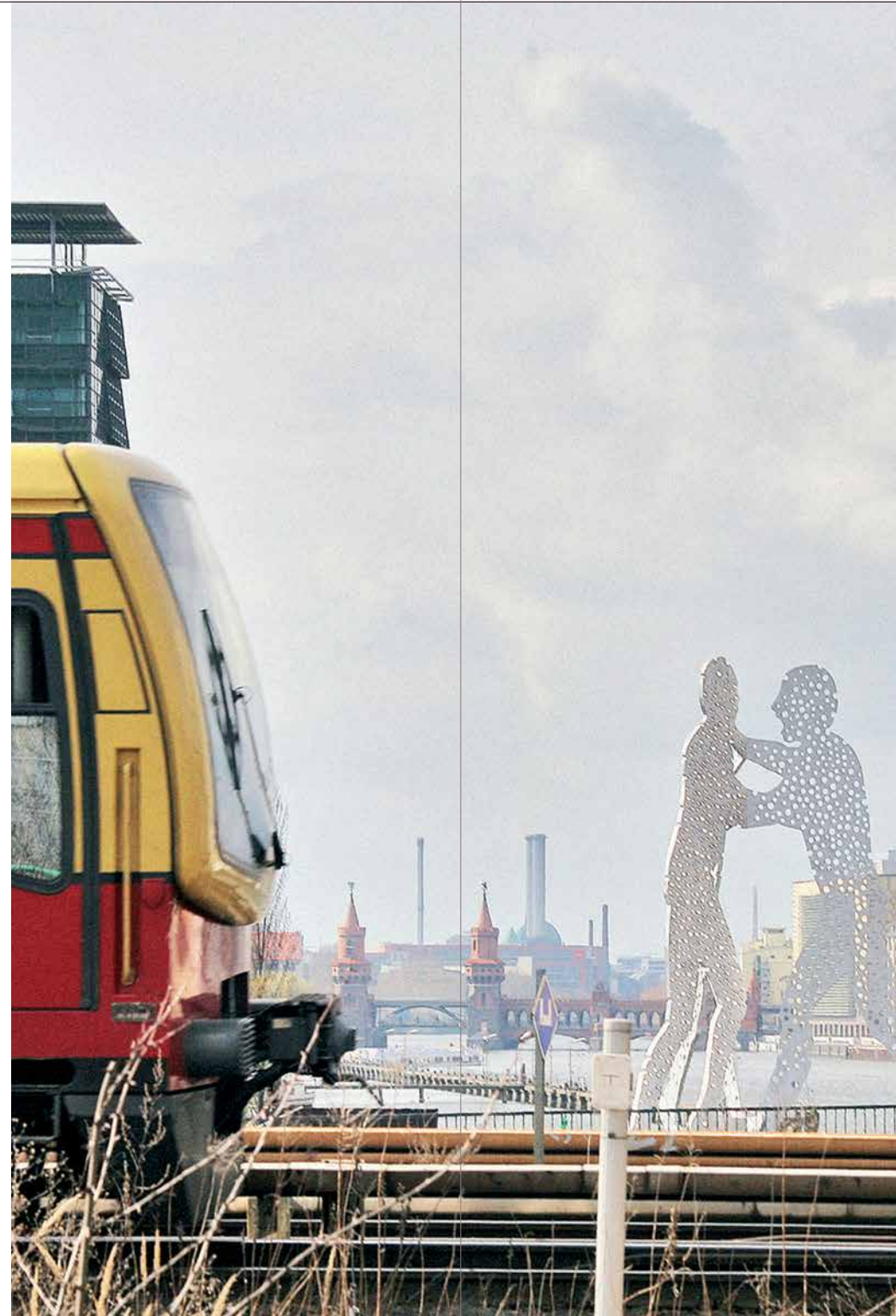


Foto: J.Donath/S-Bahn Berlin GmbH

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Ausgabe der Grünen Stachligen Argumente ist wiederum ein Magazin im Umbruch. Der Landesausschuss (LA) hatte eine Übergangsredaktion gewählt, die für die letzte Ausgabe (185) verantwortlich war und ein Konzept für die zukünftige Arbeit erarbeiten sollte. Dieses Konzept billigte der LA im Januar 2013 und wählte eine neue Redaktion. Da die Vergabe für die Grafik noch läuft, fiel Ende Januar die Entscheidung, noch mal eine Interimsausgabe zu publizieren, damit die Lücke bis zur nächsten offiziellen Ausgabe mit Erscheinen Anfang Juni nicht zu groß wird.

Wir, als neu gewählte Redaktion, erstellten nun die Ausgabe, die Ihr in Händen haltet. Wir hatten nicht viel Zeit. Da unser Heft dem grünen Bundesmagazin „Schrägstrich“ beigelegt wird, ist unser Vorlauf relativ lang, liegt der Redaktionsschluss also sehr früh. Aus dieser Not verzichteten wir auf einige Formate und Rubriken, wie etwa die Porträts unserer Arbeitsgemeinschaften, Interviews oder eine Kolumne – die wir langfristig unbedingt etablieren werden. Und wir verzichteten auf Beiträge „von außen“. Auch gendern wir nicht durchgängig oder manche Begriffe sind nicht vereinheitlicht. Redaktionell und grafisch haben wir noch etliche Ideen, die wir weiterentwickeln wollen. Mehr dazu auf Seite 33.

Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt auf dem Thema „Infrastruktur“. Ihr erinnert Euch: Klaus Wowereit hat mit der Begründung, mit den Grünen könne er die Infrastruktur Berlins nicht sichern und ausbauen, eine rot-grüne Koalition abgelehnt. Anderthalb Jahre später zeigt das Flughafen-Debakel, dass es die SPD ist, die nicht verstanden hat, wie moderne Infrastruktur geht.

Der Berliner Senat setzt immer noch auf viel Beton und Großprojekte und vernachlässigt dabei die Instandhaltung von Straßen, Schulen usw. Wir beleuchten in dieser Ausgabe einige Beispiele dafür, vom Flughafen bis zur S-Bahn, und werfen einen kritischen Blick auf die Investitionsplanung des Senats. Aber auch bei der Energie- und Wasserversorgung geht in Berlin einiges schief. Dazu mehr in diesem Heft.

Außerdem findet Ihr eine Nachlese zur Mitgliedervollversammlung im Februar, auf der die bündnisgrünen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt wurden. Wer gewählt wurde und mit welchen Ergebnissen, das findet Ihr ab Seite 24.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Euer Feedback. Gerne auch per E-Mail an: stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Uta Belkuis, Matthias Tang

**Volksbegehren
„Neue Energie für Berlin“
Unterschriftenliste S. 21**



Flughafen Berlin Brandenburg, 2012 – © Günter Wicker

Berlin; Debatte INFRASTRUKTUR

➤ „Pharao-Projekte“

BND-Neubau Chausseestraße

Ursprüngliche Baukosten 2006: 720 Mio Euro
Geschätzte Kosten 2012: 1,4 Mrd Euro
Gestohlene Baupläne sorgten für Aufsehen und Mehrkosten durch Umplanungen.

Stuttgart 21

Geplante Projektkosten: 4,3 Mrd Euro
Mehrkosten durch Planungsfehler: 1,1 Mrd Euro
(will die Bahn finanzieren) Mögliche zusätzliche Mehrkosten durch Bauverzögerung u.a. Risiken: 1,2 Mrd Euro, Summe: 6,8 Mrd Euro

Elbphilharmonie Hamburg

Angebot Bau-Konsortium 2006: 241 Mio Euro
Prognostizierte Kosten 2008: 500 Mio Euro
Prognostizierte Kosten 2012: 575 Mio Euro
Langjähriger Rechtsstreit, wer für die Kostensteigerungen verantwortlich ist

Jade-Weser-Port Wilhelmshaven

Geplante Projektkosten 2007: 480 Mio Euro
(Länderanteil), Investitionsvolumen: 1 Mrd Euro, 600 Mio tragen Niedersachsen und Bremen.
2011 Risse in Spundwand, Ursache unklar.
Geschätzte Kosten: 50 bis 60 Mio Euro
Eröffnung 2012: erst 1 Reederei läuft Hafen an

City-Tunnel Leipzig

Erste Kostenübersicht 1998: 915 Mio DM
Neue Kostenschätzung 2000: 1,118 Mrd DM
Voraussichtliche Kosten 2009: 893 Mio Euro
Gesamtkosten 2012: 960 Mio Euro
> Wegen hoher Kosten bei geringem Nutzen (keine Fernbahn) steht das Projekt in der Kritik.

Debatte

Vor gut einem Jahr schickte sich die selbst ernannte rot-schwarze „Infrastruktur-Koalition“ an, Berlin zu regieren. Das Ergebnis ist bekannt: Wohl selten zuvor hat eine Regierung innerhalb so kurzer Zeit unter Beweis gestellt, dass sie – gemessen an den eigenen Maßstäben – gescheitert ist. Wowereits BER-Bruchlandung legte schonungslos offen, wie wenig der eigene Anspruch mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Was mit der Absage einer Eröffnungsfeier begann, ist heute – viele Hiobsbotschaften rund um das persönliche „Erfolgsprojekt“ des Regierenden Bürgermeisters später – zu einem Albtraum für die Region geworden. Und zu einem Fass ohne Boden für die Berliner Steuerzahler/innen, die das BER-Desaster finanzieren müssen. Aber auch andere städtische Großprojekte, wie die Sanierung der Staatsoper, ganz zu schweigen von den Entwicklungen rund um die Hamburger Elbphilharmonie und Stuttgart 21, haben in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen: Warum versagen Politik und öffentliche Hand bei Großprojekten – warum können wir keine Infrastruktur mehr?

Die mannigfaltigen Fehler rund um die Planung und Durchführung des Projekts BER würden mehr als eine Ausgabe der „Stachligen Argumente“ füllen. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus steht erst am Anfang seiner Aufklärungsarbeit. In diesem Artikel wollen wir deshalb eine andere Überlegung in den Mittelpunkt stellen: Besteht das Kernproblem vielleicht gar nicht in der Art und Weise, wie Infrastrukturprojekte in Deutschland geplant und realisiert werden? Ist der entscheidende Fehler nicht vielmehr ein falsches Verständnis davon, was moderne Infrastruktur im 21. Jahrhundert bedeutet und welche politischen Anforderungen damit verbunden sind?

Alle oben genannten Projekte haben eines gemeinsam: Es handelt sich um große, monolithische Bauprojekte, deren ursprüngliche Funktion – ein Flughafen, ein Bahnhof, ein Konzertsaal – sehr bald vom Größenwahn ihrer Auftraggeber überlagert wurde. Was gegenüber der Öffentlichkeit zunächst als gesellschaftlicher Gewinn und Fortschritt verkauft wurde, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eine tradierte Form symbolischer Politik, bei der sich die handelnden Personen auch immer selbst ein Denkmal setzen wollen – auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Niemand verkörpert dieses „Pharao-Prinzip“ so eindrücklich wie Klaus Wowereit. Beim BER werden viele Probleme und Bauverzögerungen inzwischen darauf zurückgeführt, dass die Form eben nicht der Funktion folgte, sondern unzählige Sonderwünsche und ästhetische Anforderungen seitens der Anteilseigner den Planern und ausführenden Firmen das Leben schwer gemacht haben. Ein weiteres Paradebeispiel sind die Ideen des Regie-

renden Bürgermeisters für das Tempelhofer Feld. Einen Plan im eigentlichen Sinne des Wortes, der die Freifläche, die Nachnutzung des Flughafengebäudes und das stadträumliche Umfeld ins Auge fasst, gibt es zwar nicht. Aber Klaus Wowereit lässt keinen Zweifel daran, dass bei der Entwicklung des Areals sein Herzensanliegen, der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB), absolute Priorität hat. Kritiker und Kritikerinnen bemängeln nicht nur das Fehlen eines städtebaulichen Gesamtkonzepts, sondern prognostizieren schon heute ein weiteres Berliner Renommeevorhaben, dessen Kosten erst schön gerechnet werden, um im Nachhinein jeden Rahmen zu sprengen. Ein Pleiteprojekt mit Ansage.

Mit dem „Prinzip Pharao“ muss Schluss sein. Nichts spricht gegen moderne Infrastruktur, aber alles gegen eine Politik, die ein vormoderne Verständnis von einer solchen hat. Mitunter hilft dabei ein Blick auf gängige Definitionen von „Infrastruktur“. Bei Wikipedia heißt es zum Beispiel lakonisch: „Eine Infrastruktur (von lateinisch infra „unterhalb“ und structura „Zusammenfügung“) ist im übertragenen Sinn ein Unterbau. Sie umfasst alle langlebigen Einrichtungen materieller oder institutioneller Art, die das Funktionieren einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft begünstigen.“ Will heißen: Der Begriff Infrastruktur meint sehr viel mehr als die Summe von Prestigeprojekten und architektonischen Leuchttürmen. Wer sie darauf verkürzt, missversteht ihre gesellschaftliche Relevanz und ihren Daseinszweck. Niemand käme auf den Gedanken, „soziale Infrastruktur“ allein mit dem Neubau eines Jobcenters gleichzusetzen. Die Debatte darüber, was moderne Infrastruktur ist, muss deshalb immer



Elbphilharmonie Juni 2012

Foto: C.Mezzo-1, Cc-by-sa-3.0, Wikimedia Commons

auch eine Debatte darüber sein, was die Gesellschaft von ihrem „Unterbau“ erwarten darf. Infrastrukturpolitik ist Daseinsvorsorge und umfasst – von der Mobilität über die Energieversorgung bis zur Bildungs- und zur Krankenhauslandschaft – alle Lebensbereiche.

Nicht nur der BER hat gezeigt, dass Berlin eine neue, andere Infrastrukturpolitik braucht. Die Stadt wächst, aber der Senat glaubt allen Ernstes, es sei mit einem Rückgriff auf rot-schwarze Betonpolitik getan. Mehr Wohnungsbau für die vielen Neuberliner/innen ist gut, aber was ist mit Kitas und Schulen für ihre Kinder? Mit welchen Verkehrsmitteln sollen sie sich in der

Stadt bewegen? Wo verbringen sie ihre Freizeit oder machen sie Sport? Was kommt mit ihrem Zuzug auf die öffentliche Verwaltung, auf Berlins soziale und Kultureinrichtungen zu? Grüne Infrastrukturpolitik denkt diese Fragen mit und zusammen. Wir gehen dabei von den Bedürfnissen der Menschen aus und verbinden sie mit den ökologischen und sozialen Zielsetzungen unserer Partei. Wir werden die Infrastrukturpolitik deshalb nicht den anderen überlassen. Zuallerletzt den Pharaonen.

Bettina Jarasch und Daniel Wesener, Landesvorsitzende

„Pharao-Projekte“

Nord-Süd-Stadtbahn in Köln
Geschätzte Baukosten: 1,1 Mrd Euro
Der Auftrag für den Rohbau von Tunnel und Haltestellen wurde 2003 vergeben. Im Jahr 2009 stürzt das Kölner Stadtarchiv über dem Tunnel ein. Im Laufe der Untersuchungen zum

Einsturz ergaben sich erhebliche Unregelmäßigkeiten beim gesamten Bau der Nord-Süd-Bahn (19 illegale Brunnen in der Baugrube zur Grundwasserkontrolle, gefälschte Messprotokolle, Diebstähle von Armierungseisen). Fertigstellung nicht vor 2019

Flughafen Berlin Brandenburg (BER) – Was man mit den 444 Mio Euro Mehrkosten finanzieren könnte: _Das ICC sanieren (350 Mio Euro) und _die Tierparkinvestition (bis zu 80 Mio Euro) finanzieren. _Die Staatsoper-Sanierung bezahlen (240 Mio Euro plus die Überschreitungen, die noch kommen werden). _Den Sanierungsstau

auf den Straßen beheben (rund 450 Mio Euro) oder den im Gebäudebestand der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) beseitigen (rund 430 Mio Euro). _Zwei Drittel der für die Teilausschreibung benötigten S-Bahn-Züge bezahlen (Gesamtsumme ca. 600 Mio Euro). _15 Jahre keine Fahrpreiserhöhung bei BVG und S-Bahn

verlangen (die 2,8 Prozent-Erhöhung 2012 bringt laut VBB 29 Mio Euro). _Man könnte 11 Mio Quadratmeter Radwege markieren oder 300 000 Bäume pflanzen (in den letzten zehn Jahren sind 15 000 verschwunden) oder einfach jedem der 3,5 Mio Berliner 126,86 Euro in die Hand drücken...

Das rot-schwarze Bündnis in Berlin bezeichnet sich selbst gern als „Infrastruktur-Koalition“, doch das entspricht nicht der traurigen Realität. Die Investitionsquote Berlins geht immer weiter zurück und ist mittlerweile auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Finanzplanung sieht 1,4 Milliarden Euro pro Jahr an Ausgaben für Investitionen vor, das sind rund sechs Prozent des Landeshaushalts: Zum Vergleich: In den Zinsdienst fließen um die zehn Prozent des Landeshaushalts. Konkret bedeutet das, dass im Jahr 2012 für Investitionen 1,28 Mrd Euro und 2,096 Mrd Euro für Zinsen ausgegeben wurden.



Zeichnung: Freimut Woessner

Aber der Haushaltsplan sieht nicht nur eine niedrige Investitionsquote vor, auch in der Umsetzung der Vorhaben läuft so einiges schief. Jedes Jahr werden Investitionsmittel in erheblichem Maß nicht ausgeschöpft. Durchschnittlich ein Drittel der veranschlagten Investitionsmittel wurden in den vergangenen Jahren nicht ausgegeben. Nicht nur Investitionsmittel, auch die Mittel zum baulichen Unterhalt werden regelmäßig nicht komplett ausgegeben.

1. Rot-Schwarz baut Mist!

Baumaßnahmen in Berlin zeichnen sich häufig dadurch aus, dass Zeit- und Kostenplan überdehnt werden. Flughäfen und Staatsoper (siehe Seite 16) sind derzeit die prominentesten Bauten, bei denen so ziemlich alles schiefgeht, was schiefgehen kann, aber leider nicht die einzigen. Auch das Kleinvieh macht erheblichen Mist. Beispiel: eine Feuerwehrröhre, in deren zu klein geplante Garage leider kein Feuerwehrauto gepasst hätte. Das führte in diesem Fall zu

einer Gesamtkostensteigerung von ungefähr 60 Prozent. „Dumm gelaufen“ oder doch Folge systematischer Fehlplanung bei Baumaßnahmen?

Der weltweit verspottete Flughafen BER kostet jetzt schon 1,2 Mrd Euro mehr, den Berliner Haushalt belastet er mit mindestens 444 Millionen Euro. Die erneute Verschiebung der Eröffnung auf den Sanktnimmerleinstag und der noch immer unklare Bauzustand werden wohl weitere Mehrkosten verursachen, Höhe bisher unbekannt.

Im Verantwortungsbereich des Regierenden Bürgermeisters und nebenberuflichen Kultursenators Klaus Wowereit verursacht die Sanierung der Staatsoper aktuell mindestens 46 Millionen Euro Mehrkosten, die alleine der Landeshaushalt zu tragen hat. Alles Geld, das am Ende an anderer Stelle fehlen wird. Beispiele gefällig? Mit den BER-Mehrkosten von 444 Millionen könnte man auf einen Schlag über zwei Drittel des Sanierungsstaus der Berliner Straßen beheben oder elf Millionen Quadratme-

ter Radwege markieren. Und mit den 46 Millionen der Staatsoper ließen sich mal eben über 30 000 Bäume pflanzen.

2. Rot-Schwarz lässt Infrastruktur verkommen

„Wen interessiert schon die Zeitung von gestern?“ – das ist das Hauptmotto der rot-schwarzen Ankündigungscoalition. Da werden großzügig 200 Millionen für die Sanierung des ICC verkündet, die aber in der Investitionsplanung nur mit Gesamtkosten von 182 Millionen enthalten sind, von denen wiederum satte 131 Millionen in den Jahren nach 2017 finanziert werden sollen. Nicht so schlimm, scheint sich manch einer in der Senatskanzlei zu denken, denn das mit dem ICC wird ja sowieso nichts. Eine Grundsanierung des Kongresszentrums würde circa 350 Millionen kosten. Nun werden wieder einmal Gutachten erstellt. Der Stand der Dinge ist derselbe wie vor zehn Jahren und das Problem vertagt in die fernere Zu-

kunft. Derweil vergammelt das ICC weiter, der CityCube ist kein tauglicher Ersatz, Berlin als Kongressstandort ist geschwächt.

Auch bei der Dauerbaustelle S-Bahn (siehe Seite 12) bewegt sich im wahren Sinne des Wortes wenig. Im mittlerweile vierten Jahr steckt die S-Bahn in der Krise und der rot-schwarze Senat unternimmt nichts, um die Lage zu ändern. Damit gefährdet er den S-Bahn-Betrieb ab 2017. Längst hätten Schritte zur Beschaffung neuer Züge eingeleitet werden müssen, eine Investition von etwa 600 Millionen Euro. Wowereit und Co. nehmen für die Zeit nach ihrer Regierung willentlich in Kauf, dass ab 2017 schlicht zuwenig Züge da sind.

Das Muster der rot-schwarzen Fehlinvestitionspolitik ist offensichtlich: Öffentlich werden große Töne gespuckt, doch die Zahlen stimmen hinten und vorne nicht. Die großen Summen werden auf die Jahre ab 2017 verschoben – die gute Nachricht wird in die Welt gesetzt, mit Umsetzung und Finanzierung werden sich andere befassen müssen.

Das Hauptproblem dieser Art von Politik ist nicht nur, dass sie künftige

Generationen schwer belasten wird, sondern dass sie auf Kosten der vorhandenen Infrastruktur erfolgt. Der Senat setzt auf wenige große und teure Prestigeobjekte, sei es die Autobahn A 100 oder der Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek. Die Schlaglöcher auf den anderen Straßen werden derweil größer, die marode Infrastruktur Berlins verfällt weiter, der Sanierungsstau, etwa von Schulgebäuden und Turnhallen, steht wegen der teuren Neubauprojekte weiter. Ein gewisser morbider Charme scheint in das Bild von Klaus Wowereits „Arm-aber-sexy-Berlin“ zu gehören. „Arm“, wenn es um Straßen, Radwege, Gehwege und Schulen oder Kitas geht. Für „sexy“ hält der Regierende Bürgermeister offenbar eine mindestens 270 Millionen teure Zentral- und Landesbibliothek.

3. Nachhaltige und vernünftige Investitionspolitik geht anders

Alleine der Sanierungsstau in den öffentlichen Gebäuden beträgt zur Zeit circa 1,9 Milliarden Euro. Charité und Vivantes melden einen bei den Kran-

kenhäusern von 1,7 Milliarden Euro. In der Prestigepolitik von Rot-Schwarz ist die notwendige Sanierung des Bestandes nicht vorgesehen. Jahrzehntlang wurde die Gebäudesanierung bereits vernachlässigt. So musste im vergangenen Jahr beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf wegen Einsturzgefahr eine Kita geschlossen werden: Ergebnis der beschriebenen Vernachlässigungspolitik.

Generationengerechte und klimafreundliche Investitionspolitik geht anders. Der Sanierungsstau muss dringend angegangen werden und darf nicht zu Lasten nachfolgender Generationen weiter bestehen. Die Sanierung des Gebäudebestandes muss effektiv mit Maßnahmen zur Energieeinsparung und dezentralen Energieerzeugung verknüpft werden. Der landeseigene Gebäudebestand im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) entspricht nicht den aktuellen energetischen Anforderungen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Energiekosten pro Quadratmeter in landeseigenen Gebäuden 144 Prozent der Kosten von angemieteten Gebäuden betragen. Das müsste nicht sein. Schon mit einem energetischen Sanierungsprogramm von 83,5 Millionen Euro (ein Fünftel der 444 BER-Millionen) ließen sich ca. 46 Prozent der CO₂-Emissionen des landeseigenen Gebäudebestandes einsparen.

Damit könnte Berlin einen echten Beitrag zur Energiewende leisten, das Klima schützen, die Gebäude erhalten und Energiekosten senken. Denk mal, statt Denkmal, lieber Klaus.

Clara Herrmann, MdB
haushaltspolitische Sprecherin

Ausgaben (in Mio Euro)	2013	2014	2015	2016
Personalausgaben	6.786	6.887	7.071	7.220
Konsumtive Ausgaben	11.705	11.848	11.844	11.922
Investitionsausgaben	1.428	1.424	1.400	1.400
Berliner Immobilienholding	140	-	-	-
Tilgung von Bundesdarlehen	34	33	30	27
Zinsausgaben	2.309	2.364	2.414	2.465

Finanzplanung Senat

➔ BER 444 Mio Mehrkosten

Was wir an Personal finanzieren könnten:

Bei einem Durchschnittseinkommen von 40 000 Euro pro Jahr ließen sich damit 11 000 Stellen finanzieren, die zusätzlichen 200 Polizistinnen und Polizisten 56 Jahre lang bezahlen oder acht Jahre lang die umstrittenen 1 450 Stellen in den Bezirken. Elf Jahre könnten wir 1 000 zusätz-

liche Beschäftigte in den Parks, Bürgerämtern, Kfz-Stellen usw. bürgerfreundlich einsetzen, rund 6 000 Lehrkräfte (die sind als Akademiker teurer) für ein Jahr bezahlen oder etwa 5 Jahre lang die 1 500 dauerkranken Lehrkräfte ersetzen. Die fehlenden 20 000 Kitaplätze könnten wir drei Jahre finanzieren (ein Kitaplatz kostet

6 800 Euro pro Jahr), 27 000 Ausbildungen über 3 Jahre (ein Ausbildungsplatz kostet 462 Euro im Monat, ca. 5 500 Euro im Jahr.) Im Augenblick fehlen rund 5 000 Plätze.

Was die Zinsbelastung bedeutet:

Ohne das Desaster wäre die Neuverschuldung entsprechend gesunken, die 444 Mio Euro kosten bei 4 Prozent Zins knapp 18 Mio Euro dauerhaft. Bei einem Durchschnittssatz von 40 000 pro Stelle könnte man: 450 Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute oder Leute im Ordnungs-

amt, Bürgeramt, Grünflächenamt zusätzlich dauerhaft einstellen oder 300 bis 350 Lehrkräfte, den umstrittenen Zuschuss von 6 Mio Euro für den Tierpark dreimal zahlen oder für den Unterhalt von Radwegen 222-mal mehr Mittel einsetzen. Mit der Summe ließe sich das Radwegenetz in ganz Deutschland sanieren und ausbauen.

Am 6. Januar, gegen 20:30 Uhr, erreichte mich die Nachricht, dass die geplante Eröffnung des Pannenflughafens BER im Oktober 2013 abgesagt sei. Die neuerliche Verschiebung war weniger überraschend als die amateurhafte Kommunikation der Flughafen-gesellschaft und des Regierenden Bürgermeisters Wowereit: Die Absage wurde nicht durch den Aufsichtsratsvorsitzenden noch den Sprecher der Geschäftsführung, Prof. Schwarz, verkündet, sondern durch die Bild-Zeitung. Selbst Mitglieder des Aufsichtsrates sollen erst durch die Presse davon erfahren haben. Dieser Vorgang ist symptomatisch für das Milliardenprojekt BER, bei dem schiefgeht, was schiefgehen kann.

Der Schock
Der Flughafen Willy Brandt ist das Infrastrukturprojekt der Region Berlin-Brandenburg, wenn nicht von ganz Ostdeutschland. Eigentümer des BER und der Berliner Flughäfen sind die Länder Berlin und Brandenburg mit je 37 Prozent und der Bund mit 26 Prozent der Anteile an der Flughafengesellschaft. Für den Regierenden Bürgermeister war BER Chefsache und der Eröffnungstermin 3. Juni 2012 das wichtigste Datum im Jahr 2012. Vier Wochen vor dem großen Fest war plötzlich alles anders. Eine Brandschutztechnik, die nicht funktionierte, eine Organisation, bei der nichts zusammenlief und ein Aufsichtsrat, der nichts gemerkt haben will. Weil hier vieles nicht mit rechten Dingen zugegangen sein konnte, hat unsere bündnisgrüne Fraktion gemeinsam mit Linken und Piraten im Abgeordnetenhaus einen Untersuchungsausschuss beantragt.

Die Aufgabe
Von den Anfängen des neuen Flughafens über diverse Umplanungen bis zu den Verschiebungen der Fertigstellung und Eröffnung untersuchen wir die Ursachen des bisherigen Scheiterns. Wie kann es sein, dass hunderte Planer und Bauleute jahrelang an einem Bauprojekt arbeiten und niemand sich eingesteht, dass es nicht zu schaffen ist?

Die Erkenntnisse
Der Berliner Untersuchungsausschuss ist nur eines der parlamentarischen Gremien, die sich aktuell mit BER befassen. Sowohl im Abgeordnetenhaus, als auch im Brandenburger Landtag und im Bundestag gibt es Ausschüsse, in deren Kompetenz der Flughafen fällt. Nach bisherigem Stand sind es folgende strukturelle Probleme, die zu den Schwierigkeiten mit dem Projekt BER und insbesondere der misslungenen Fertigstellung des Terminals beigetragen haben:

1 Die Konstruktion mit drei Partnern im Rahmen einer privatrechtlichen GmbH hat nicht funktioniert. Keiner der Partner fühlte sich für das Gesamtwerk verantwortlich. Weder die einzelnen Regierungen noch Parlamente und Verwaltungen der einzelnen Körperschaften. Auch unter den Rechnungshöfen gab es keine koordinierte Zusammenarbeit.

2 Der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft war ausschließlich mit Personen besetzt, die nie zuvor ein Investitionsprojekt von drei oder vier Milliarden Euro begleitet oder geleitet hatten. Diese Chefetage konnte oder wollte sich

nicht mit Details befassen und ließ ihre Geschäftsführer schalten und walten. Die wichtigste Aufgabe des Aufsichtsrates, Aufsicht auszuüben, fand nicht statt.

3 Der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Wowereit wurde seiner herausgehobenen Position und Verantwortung in keiner Weise gerecht. Vier Aufsichtsratssitzungen und jeweils ein Tag Vorbereitung in Ausschüssen bedeuteten für ihn acht Tage BER im Jahr. Das ist für eine Chefsache im Milliardenbereich zu wenig. Der Regierende Bürgermeister hat sich keinen Stab von Experten für Projektmanagement und technische Beratung zusammengestellt. Und er hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Kompetenzzentrum des Berliner Senats für Bauprojekte nicht in Anspruch genommen.

4 Der inzwischen entlassene Sprecher der Geschäftsführung, Prof. Schwarz, behauptet, dass er für Fragen zur Errichtung des BER nie zuständig war. Alles hätte der damalige technische Geschäftsführer Dr. Körtgen verantwortet. Eine eigentümliche Konstellation. Nach unseren ersten Erkenntnissen war das bei früheren Geschäftsführern der Flughafengesellschaft anders organisiert.

5 Das Terminalgebäude wurde nicht an einen Generalübernehmer als schlüsselfertiges Projekt vergeben. Diese Vergabe scheiterte 2007. Für den alternativ versuchten Bau in Eigenregie fehlte der Flughafengesellschaft offensichtlich geeignetes Personal im

Baumanagement. Bildlich gesprochen: Wer die Einzelteile für ein Fahrrad kauft, muss in der Lage sein, die Kette richtig auf den Zahnkranz zu legen und die passenden Ventile für den Schlauch zu besorgen.

6 Die am Bau des Terminals Beteiligten haben nicht optimal zusammengearbeitet. Die Flughafengesellschaft als Bauherrin, die Architekten, die ausführenden Firmen und insbesondere der Projektsteuerer organisierten keinen geordneten Bauablauf.

7 Die Ausführungsplanung für das Terminal wurde vielfach geändert, ohne dafür zusätzliche Bauzeit zu veranschlagen. Die Planungsunterlagen waren nicht aktuell, dadurch wurden Arbeiten mangelhaft ausgeführt, z.B. Kabel falsch verlegt. Das gilt insbesondere für das erste Halbjahr 2012.

Von der Krise zur Superkrise
Im Mai 2012, nach der Absage der Eröffnung, entließ der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft den technischen Geschäftsführer und die Planungsgemeinschaft pgbbi mit dem Architekten von Gerkan. Damit verschwand entscheidendes Fachwissen, das nicht ersetzt werden konnte. In der aufgeheizten öffentlichen Atmosphäre mussten Köpfe rollen, Wowereit und Platzeck wollten sich selbst und ihre Ämter retten. Das Chaos wurde dadurch potenziert. CDU-Innensenator Frank Henkel beschrieb jene Situation am 21.1.2013 im Abgeordnetenhaus so: „Ich werde z. B. auch nicht vergessen, ich habe es fast noch wörtlich im Ohr, wie seitens der Geschäftsführung gesagt wurde: Eine



Flughafen Berlin Brandenburg BER, Fluggastbrücke des A380
*, „Die beleuchtete Perlenkette“

Foto: Alexander Obst/Marion Schmiecking

Trennung von pgbbi bedeutet nichts wirklich Dramatisches. Im Grunde könne man nahtlos weitermachen. – Wir wissen heute, dass das anders gelaufen ist, aber so viel vielleicht noch mal zu dem Prozess.“ Diese Aussage illustriert die Naivität und Fahrlässigkeit der handelnden Personen um Klaus Wowereit.

Ausblick
Derzeit ist BER eine Investruine. Der aktuelle technische Geschäftsführer Amann betreibt seit August 2012 Baustellenarchäologie. Bis zum Sommer 2013 (!) will er einen neuen Zeit- und Kostenplan erarbeiten. Im Herbst letzten Jahres mussten 1,2 Mrd Euro aus den öffentlichen Haushalten zugeschossen werden. Weitere Geldforderungen werden folgen. Der Regierende Bürgermeister hat unseren Misstrauensantrag im Parlament knapp überstanden. Sein Versagen ist eindeutig und die Beliebtheit des Partylöwen in

der Öffentlichkeit auf Piratenniveau gesunken. Der Rücktritt ist nur eine Frage der Zeit. Zur Fertigstellung des BER und damit endlich auch zur Schließung des überlasteten Flughafens Tegel kann dieser Regierende nichts mehr beitragen.

Andreas Otto, MdB
Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher
Obmann im Untersuchungsausschuss
BER, Bundestagskandidat

**Das ist der Plan, so sehen es die Werber auf der Website des BER: „Die beleuchtete Perlenkette“ – Leuchtpulse in unterschiedlichen Rhythmen signalisieren dem Fluggast die jeweilige Nutzung der Fluggastbrücke. Man erfährt, ob ein Flugzeug im An- oder Abflug ist, ob das Boarding begonnen hat oder das Gate bereits geschlossen ist.*

➔ Untersuchungsausschuss

Das Abgeordnetenhaus hat am 27.9.2012 einen Untersuchungsausschuss zum Flughafen BER eingesetzt. Er soll folgende Sachverhalte prüfen: _Flughafenplanung _Informationsfluss und Kontrolle _Vergabe- und Bauphase _Absagen der Eröffnungstermine _Kostenentwicklung Termine/Infos: www.parlament-berlin.de

Ausschussvorsitzender: Martin Delius (Piraten), stellvertretende Vorsitzende: Renate Harant (SPD)
Mitglieder SPD Renate Harant, Ole Kreins, Frank Zimmermann **CDU** Stefan Evers, Oliver Friederici **B 90/Grüne** Harald Moritz, Andreas Otto **Die Linke** Jutta Matuschek **PIRATEN** Martin Delius Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich.

Bauherr Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
Geschäftsführer Technik/BER _Horst Amann (seit 8/2012)
Mitglieder des Aufsichtsrats der FBB:
Berlin _Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (am 7.1.2013 zurückgetreten) _Innensenator Frank Henkel _Finanzstaatssekretärin Marga-

retha Sudhof _Michael Zehden, Geschäftsführer der A-Z Hotelmanagement und Beratungs GmbH **Brandenburg** _Ministerpräsident Matthias Platzeck (am 16. 1.2013 als Nachfolger Wowereits zum neuen Aufsichtsvorsitzenden gewählt) _Günther Troppmann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kreditbank _Wirtschaftsminister Ralf Chri-

stoffers _Finanzminister Helmuth Markov **Bundesregierung** _Rainer Bomba, Staatssekretär Verkehrsminist. _Werner Gatzert, Staatssekretär Finanzminist. **Vertreter Arbeitnehmer** _Holger Rößler, Gewerkschaftssekretär Ver.di _Franziska Hammermeister, Projektmanagerin Flughafen Tegel



Zeichnung: Freimut Woessner

Noch immer fallen regelmäßig Züge aus. Weil zu wenig ZugführerInnen zur Verfügung stehen oder weil die Züge repariert werden müssen, aber keine Reserve bereitsteht. Inzwischen ist allen klar – das lag auch am miesen S-Bahn-Vertrag. Denn: Regelungen zu (Mindest-) Personal sind im S-Bahn-Vertrag nicht enthalten, genauso wenig eine Mindestanzahl von Zügen und Werkstattkapazitäten.

Hat der Senat die S-Bahn kaputt gespart?

Bislang dachten alle, der damalige rote Senat hätte schlampig gearbeitet und schlecht verhandelt. Inzwischen fragen wir uns, ob der Sachverhalt nicht doch deutlich drastischer bewertet werden muss. Es ist jetzt, rund zehn Jahre später, bekannt geworden, dass der Senat selbst Gutachten über Einsparpotenziale bei der S-Bahn erstellen ließ. Und diese Gutachten dann der S-Bahn vorgelegt hat, um bei den Verhandlungen zum S-Bahn-Vertrag zu erreichen, dass Berlin weniger Geld an die S-Bahn zahlen muss. Aus den noch unveröffentlichten Gutachten ist inzwischen einiges bekannt geworden. So wird darin zum Beispiel der Abbau von 295 Arbeitsplätzen in der Werkstätten und 98 ZugführerInnen-Stellen gefordert. Damit nicht genug. Die Verschrottung von S-Bahn-Zügen der Reihen 480 und 485 wurde ebenso gefordert, wie von der Anschaffung von Neufahrzeugen abgeraten wurde. Dieses Gutachten also hat der Senat in Auftrag gegeben, sich dann zu eigen gemacht, um damit bewaffnet in die Verhandlungen mit der S-Bahn einzutreten.

In wenigen Worten kann man zusammenfassen: Die S-Bahn-Krise ist zu einem guten Stück hausgemacht. Der damalige Senat wollte Personal und Infrastruktur der S-Bahn weg sparen, und die S-Bahn wollte Profite an die Deutsche Bahn abführen – eine gefährliche Mischung mit bekanntem und jeden Morgen wieder erfahrbarem, nein, wahrnehmbarem Ergebnis. Dann hat der Senat die Verantwortung für das S-Bahn-Chaos alleine der Deutschen Bahn zugeschoben und seine Verantwortung unter den Teppich gekehrt.

Und was ist die Lösung aus der Krise?

Nun gibt es einen Konsens der Parteien, die Probleme bei der S-Bahn anzugehen. Doch wie das zu geschehen hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Und weil erst der eine und dann der andere Senat der S-Bahn so bequem die Schuld zuschieben konnte, passierte jahrelang erst mal nichts. Obwohl neue S-Bahn-Züge natürlich schon kurz nach Ausbruch des S-Bahn-Chaos im Jahr 2009 hätten bestellt werden können. Mit mehr Personal auf den Bahnhöfen und dem schnellen Aufstocken der Anzahl der ZugführerInnen hätte das Chaos abgemildert werden können. Das alles wurde nicht gemacht - oder erst Jahre später begonnen.

Es wurde geprüft und geprüft, aber eine klare Linie gab es nicht – und auch keine Entscheidungen. Im Jahr 2012 schließlich wurde in der SPD und in der Koalition hin und her verhandelt. Unterdessen weigerte sich der Senat, Gutachten und Stellungnahmen in Sachen S-Bahn zu veröffentlichen. Die Entscheidung fällt der Senat im Juni 2012 am Parlament vorbei, das nur fünf Tage zuvor getagt hatte. Eine seitens der Opposition beantragte Sondersitzung in der

Sommerpause 2012 wurde verhindert. Und das war die Entscheidung des Senats: Der Ring und die Strecken gen Schönefeld sollen ausgeschrieben werden, der neue Betreiber soll auch die Züge kaufen. Im Jahr 2014 soll dieser neue Betreiber gefunden sein. Die genannten Strecken sollen dann ab Dezember 2017 von dem Betreiber bedient werden. Der Vertrag sollte eine Maximallaufzeit für die Zugbereitstellung von 33 Jahren haben.

Dagegen erhob die S-Bahn-Berlin GmbH Klage, mit dem Argument, eine so lange Vertragslaufzeit verstoße gegen das europäische Vergaberecht. Das Kammergericht teilte die Bedenken der S-Bahn-Berlin GmbH und schlug vor, die Ausschreibung doch besser rechtsicher neu zu gestalten. Und da stehen wir nun: Der Senat prüft, was er nun tun kann. Neue Ausschreibung oder die verkorkste irgendwie heilen? Der Dilettantismus des Senats hat erneut viele Monate gekostet. Es fragt sich – bzw. wir fragen – wer den Senat eigentlich so schlecht berät?

Aber: Die neuen Züge kommen zu spät Dringend benötigte neue Züge sollen nach den Plänen des Senats im Jahr 2014 bestellt werden – vom Betreiber. Vom Ausschreibungsbeginn im Jahr 2012 an gerechnet sind das zwei verlorene Jahre – mindestens. Durch Klagen können weitere Verzögerungen eintreten, wie ja auch bereits geschehen.

Wir hingegen haben vorgeschlagen, einen landeseigenen Fuhrpark zu errichten. Das haben wir mit unserem Wahlprogramm beschlossen, denn so wäre die Stadt in Zukunft nicht mehr, wie bisher, von einem Betreiber von der Deutschen Bahn abhängig. Der Senat folgte dieser Forderung leider nicht.

Dennoch: Die Zugbestellung muss schnellstmöglich erfolgen. Denn bis die neuen Züge betriebsfertig aufs Gleis gesetzt werden, braucht es selbst nach optimistischen Schätzungen vier, fünf Jahre – normal wird mit 6,5 Jahren gerechnet. Das gefährdet den S-Bahn-Verkehr ab 2018 – es wird viele Millionen Euro kosten, um die alten Züge der Reihen 480 und 485 betriebsfähig zu halten, wenn dies überhaupt möglich ist. Diese Kosten wird Berlin tragen müssen.

Es wäre möglich: zuverlässig und fahrgastfreundlich, sozial und ökologisch Soziale und ökologische Kriterien in den Ausschreibungsbedingungen – das sollte doch mittlerweile Standard sein. Tatsächlich wurden jedoch fast nur bereits bestehende gesetzliche Vorgaben wiederholt. Das Land Berlin sollte aber die Zukunft der Arbeitsplätze und auch der Arbeitsbedingungen (etwa Arbeitszeit oder Situation der beschäftigten Behinderten) im Auge behalten und sichern. Ökologisch wurde der Senat erst gar nicht tätig: Nach den Ausschreibungsbedingungen wird die S-Bahn auch ab 2017 weiter mit Atomstrom fahren – entgegen allem, was landauf und landab als Energiewende verkündet wird. Der Senat ist aufgefordert, bei alledem nachzuarbeiten.

Bei oder trotz alledem gilt: dranbleiben. Es geht immerhin um die Ausrichtung unserer S-Bahn: zuverlässig und fahrgastfreundlich, sozial und ökologisch.

Stefan Gelbhaar, MdB
Sprecher für Verkehrspolitik
(ÖPNV, Fuß- und Radverkehr)

Wusstet Ihr, dass...

- der Kfz-Verkehr in der Stadt seit 1989 zunächst zugenommen hat, seit etwa dem Jahr 2000 aber kontinuierlich leicht abnimmt?
- der Güterverkehr und der Verkehr „in Ausübung des Berufs“ rund 30 Prozent des gesamten innerstädtischen Kfz-Verkehrs ausmachen?
- in Berlin rund 43 Prozent aller Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, 26 Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln und 31 Prozent mit dem Auto, Lkw und Motorrad?
- rund die Hälfte aller Haushalte in Berlin über keinen eigenen Pkw verfügt?
- die Motorisierungsrate der Berliner Bevölkerung mit rund 324 Pkw/1 000 Einwohner (für das Jahr 2009) die niedrigste aller deutschen (Groß-)Städte ist?
- auf je 1 000 Einwohner in der Stadt 721 Fahrräder kommen?
- das Land Berlin seit 2008 die Zahlungen an die BVG auf jährlich 0,25 Mrd Euro begrenzt hat (zum Vergleich: 1993 waren es noch 0,77 Mrd Euro)
- das Land Berlin seit 1991 rund 3 Mrd Euro für Straßenbau, Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung ausgegeben, aber nur 1,9 Mrd Euro an Kraftfahrzeugsteuer eingenommen hat?
- die in Berlin zugelassenen Kraftfahrzeuge die Fläche von 1 740 Fußballfeldern zum Parken benötigen und dass diese Kraftfahrzeuge, Stoßstange an Stoßstange aneinander gereiht, eine Schlange von 7 100 km ergeben würden?

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

S-Bahn-Zahlen

2012 gab es nach Zählung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg bei der Berliner S-Bahn rund 11 000 Störungen, die auf das schlechte Schienennetz zurückzuführen sind. (Damit sind Züge gemeint, die nicht fahren oder mehr als drei Minuten zu spät ankommen.)

Die Bahn-Tochter DB Netz AG hat jahrelang zu wenig investiert, gleichzeitig Milliarden-Gewinne an die Deutsche Bahn abgeführt, damit der angestrebte Börsengang gestärkt wird. Ergebnis: Gleise und Weichen sind überaltert und stör anfällig. Rund 70 Prozent der Schienen sind schon

zu lange in Benutzung, mehr als die Hälfte der Stellwerke sind nach Angaben der Bahn älter als 50 Jahre und haben Sanierungsbedarf. Nach Angaben des Senats benötigt das Schienennetz einen Sanierungsetat von 1,5 Mrd Euro.

Das Streckennetz der S-Bahn ist 331,5 km lang, es verkehren 15 Linien, die 166 Bahnhöfe bedienen. Davon befinden sich rund 75 Kilometer und 33 Bahnhöfe in Brandenburg.

Im Verbund mit den Bus-, Tram- und U-Bahnangeboten der Berliner Verkehrsgesellschaft hat Berlin eigentlich einen vergleichsweise sehr gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Wenn die exorbitanten S-Bahn-Störungen nicht wären.



Plan: Harald Kögler (Bürgerinitiative Stadtring Süd)

Der rot-schwarze Senat will seine Verkehrsinfrastrukturpolitik einfach so weitermachen wie in den letzten Jahrzehnten. Für die Anmeldung zum neuen Bundesverkehrswegeplan will er die nächste Verlängerung der A 100 vom Treptower Park bis zur Frankfurter Allee und die weitere Einbindung zur Storkower Straße anmelden. Betrachtet man die heutigen Rahmenbedingungen, vor allem die Finanzlage von Berlin und dem Bund, so sind solche Wünsche abstrus.

Bauvorbereitung und Spatenstich
Der 16. Bauabschnitt der A 100 vom Dreieck Neukölln zum Treptower Park ist nach der Abweisung der Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht rechtlich nicht mehr angreifbar und durch Ramsauers Finanzzusage finanziell abgesichert. In letzter Zeit war die A 100-Verlängerung durch die Baubesetzung von Robin Wood und weiterer kleiner Aktionen wieder in den Medien präsent. Allerdings zeigt sich, dass dieses unsinnige Betonprojekt nicht annähernd eine Protestwelle des Ausmaßes von Stuttgart 21 hervorruft. Weitere Aktionen werden sicher parallel zur weiteren Bauvorbereitung folgen, aber leider schwerlich zum Baustopp führen. Dieser könnte nur bei einem sehr guten bündnisgrünen Bundestagswahlergebnis durch ein schnelles und engagiertes Eingreifen einer rot-grüne Bundesregierung möglich werden.

Die selbst ernannten Infrastrukturparteien des rot-schwarzen Senats wollen nach ihrem BER-Desaster und der S-Bahn Dauerkrise mit der A 100 ein Zeichen setzen. Dementsprechend beilehen sie sich bei der Bauvorbereitung auf der A 100-Trasse. Außer den Straßenbäumen und den von Robin Wood besetzten Bäumen in der Neuköllnischen Allee sind alle anderen auf der Trasse gefällt. Die Ruinen der Lauben in den ehemaligen Kleingärten werden ebenso wie das ehemalige Hütters-Möbelager und die Gewerbegebäude an der Sonnenallee demnächst platt gewalzt. Wenn sie schon kein Band durchschneiden können, so wollen Wowereit, Müller und Ramsauer doch wenigstens den ersten Spatenstich bei der A 100 vor der Bundestagswahl zelebrieren.

Verschiebung und Finanzprobleme
Bis zur Fertigstellung wird wohl keiner der Verantwortlichen mehr im Amt sein. Denn der kürzlich verschobene Termin liegt nun Anfang 2022. Nach der letzten groben Planung sollen zwar 2013 auf der gesamten Trasse von Neukölln bis Treptow die Bauarbeiten bzw. Vorbereitungen beginnen und 2017 der Rohbau fertig sein. Allerdings sind die Damen und Herren Betonierer dabei von einem großen Geldregen ausgegangen. Der Goldesel Bundeshaushalt hat auch beim Straßenbau Verdauungsprobleme. Für 2013 und 2014 stellt Ramsauer 80 Mio Euro aus seinem Sonderprogramm für die A 100 zur Verfügung. Danach muss sie aus dem hoffnungslos unterfinanzierten Straßenbauetat des Bundes finanziert werden. Im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 stehen für Neubauprojekte in der ganzen Bundesrepublik jährlich nur noch 500 Mio Euro zur Verfügung. – Übrigens wird zu diesem Zeitpunkt für alle bis dahin begonnenen Neubauprojekte noch ein Finanzbedarf von über zwei Milliarden Euro nötig sein. Entweder starten ab jetzt bis 2019 in ganz Deutschland keine neuen Autobahn- oder Bundesstraßenprojekte mehr oder die begonnenen müssen noch weiter gestreckt werden.

Keine Prioritäten
Hier zeigt sich das Dilemma beim Bundesverkehrswegeplan und den dazu gehörigen Ausbaugesetzen: Es gibt keine Schwerpunktsetzungen. In der Realität buhlt jeder „Landesfürst“ oder Wahlkreisabgeordneter um die Gunst des Verkehrsministers, damit sein Projekt gebaut wird und er endlich wieder ein Band durchschneiden kann. Dabei spie-

len verkehrspolitische Prioritäten für die Bundesebene nur eine untergeordnete Rolle. So kam es, dass Ramsauer mit seiner Finanzzusage für die A 100 der Berliner CDU in den wowereitschen Infrastruktur-Senat verhalf und sie weiter stützen will. Dadurch sind die nun fälligen 500 Mio Euro für die A 100 gebunden und können ihre zweifelhafte Verkehrswirkung frühestens in neun Jahren entfalten. Das ist Infrastrukturpolitik von SPD und CDU: möglichst viele, möglichst große Projekte medienwirksam beginnen. Dass dabei viel Geld nutzlos verbrannt wird, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb sollten die Rufe nach einer PKW-Maut auch keinen verwundern, die Herren Banddurchschneider brauchen frisches Geld.

Keine Verkehrswende in Sicht
Im Bundesverkehrsministerium hat man diese Misere durchaus erkannt und im Entwurf des Grundkonzepts für den neuen Bundesverkehrswegeplan mit der Einführung der neuen Stufe „Vordringlicher Bedarf Plus“ reagiert. In diese sollen lediglich Projekte aufgenommen werden, die eine hohe Wirtschaftlichkeit und keine großen Umweltprobleme aufweisen, sowie zur Beseitigung von Engpässen im bundesrepublikanischen Fernstraßennetz dienen. Also keinesfalls innerstädtische Stauverlagerungsprojekte wie die A 100. Aber die Fachleute im Ministerium müssen im Entwurf auch eingestehen, dass politische Einflüsse die fachlichen Zielsetzungen durchaus verändern können.

Der Hauptfehler des Grundkonzepts besteht darin, dass weiterhin nicht verkehrsmittelübergreifend gedacht wird und klimaschonende Problemlösungen bei der Verkehrsinfrastruktur keine Rolle spielen. So kann es keine Verkehrswende geben.

Wirkungsvolle Beteiligung notwendig
Dank Ramsauers neuer Bürgerbeteiligungsstrategie darf sich die Öffentlichkeit an der Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans beteiligen. Auf der Website des Bundesverkehrsministeriums läuft noch bis zum 15. März die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Grundkonzepts zum Bundesverkehrswegeplan. Alle angemeldeten Verkehrsprojekte sollen im weiteren Verlauf des Verfahrens ebenfalls zur Bewertung im Netz zur Verfügung stehen. Dann können die BerlinerInnen auch ihre Meinung zur rot-schwarzen Vorstellung von Stadtentwicklung mit dem Autobahnanschluss vor Friedrichshainer und Lichtenberger Haustüren kundtun.

Allerdings ist bei Ramsauers Befragung zweifelhaft, ob sie zum Verzicht eines Projektes führt, denn es geht nicht um Details sondern nur um die große Linie. Der Senat verzichtet deshalb lieber vollständig darauf, die BerlinerInnen oder das Parlament vor seiner Autobahnanmeldung zu beteiligen. Das ist ihm wohl zu viel an Bürgerbeteiligung. Beim Schallschutz an den bestehenden Berliner Autobahnen bremst der Senat auch. So werden Lärmgutachten nur verzögert beauftragt und für Autobahnbereiche, an denen Schallschutzwände benötigt werden, wird an den dafür notwendigen Planfeststellungsverfahren nicht oder nur schleppend gearbeitet.

Besser ist Erhalt vor Neubau
Berlin hat eine ausreichende Infrastruktur! Allerdings ist ihr Zustand zunehmend vom Verfall bedroht. Deshalb muss es vor allem um den Erhalt unserer Straßen und Schienenwege gehen. Große Defizite gibt es bei der Schienenanbindung des neuen Flughafens BER und dem Wiederaufbau bzw. Ausbau von Strecken im Norden und Osten Berlins. Neubauten und Erweiterungen sollte es nur für Maßnahmen geben, die allen BerlinerInnen nutzen, ob sie ein Auto besitzen oder nicht.

Harald Moritz, MdB, verkehrspolitischer Sprecher

Was könnten wir mit dem Geld besseres tun? Streng genommen ist das Geld nur für Bundesfernstraßen vorgesehen und steht Berlin ohne Projekt nicht einfach zu. Trotzdem sagen wir, wenn es in dieser Zuweisung bleiben muss, dann gingen die Sanierung der vorhandenen Autobahn (vordringlich der A 114 in Pankow) und der Lärmschutz an der bestehenden Autobahn vor. Wenn die gegebenenfalls frei werdenden Gelder der A 100 im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes investiert werden sollen, dann besser in Schienenprojekte wie z.B. den Ausbau der Dresdner Bahn (auch wenn die Tunnelfinanzierung strittig ist) oder der Niederbarnimer Eisenbahn bis zum Berliner Gesundbrunnen, der Stettiner Bahn oder der Nahverkehrstangente mit S-Bahn-ähnlichem Verkehr auf dem östlichen Berliner-Bahn-Außenring. Es gäbe weitere sinnvollere Möglichkeiten, das Geld in Berlin zu verwenden: Damit ließen sich z.B. 15-20 km Straßenbahn neu bauen. Auch der Instandhaltungsrückstau der Verkehrsinfrastruktur geht in den Milliardenbereich. Allein für die Straßensanierung veranschlagen Experten einen Bedarf von mindestens 600 Millionen Euro.

Zahlen & Fakten

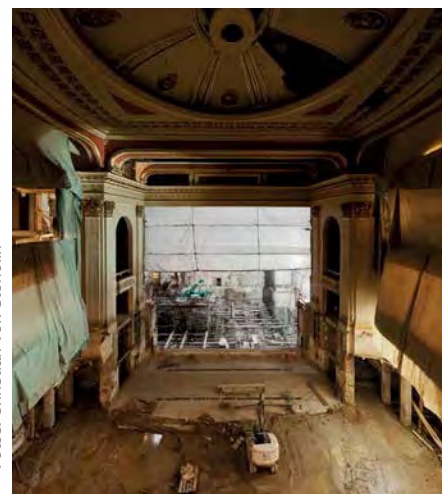
Kosten der Autobahn rund 500 Mio Euro (411 Mio Baukosten, 64 Mio Grunderwerb, rund 25 Mio Planungs- und Verwaltungskosten > Berlin trägt davon min. 13 Mio Euro direkt, Kosten für Straßenanpassungen im Umfeld sind dort nicht enthalten)

Städtebauliche Aspekte: _mindestens 100 Wohnungen müssten abgerissen werden (reduziert durch Vergleich beim Bundesverwaltungsgericht von ursprünglich 250) _sowie Verlärmung und Wertverlust von anliegenden Wohnungen (Beermann-, Kieffholz-, Aronsstraße).

_ Über 350 Kleingärten müssen beseitigt werden, das entspricht 12,3 Hektar (ha) Kleingartenfläche (teilweise schon geschehen). Rund 21 ha Fläche sind insgesamt betroffen, von denen 14 ha dauerhaft versiegelt werden.
_ca. 20 Gewerbebetriebe werden ihre Standorte aufgeben müssen (teilweise schon geschehen).

Ökologische Aspekte: Rund 650 Bäume, darunter 14 denkmalgeschützte Platanen müssten gefällt werden; zahlreiche zum Teil geschützte Arten verlieren ihren Lebensraum; die enorme Flächenversiegelung beeinträchtigt das Stadtklima.

Verkehrsbelegung des 16. Bauabschnitts (BA) wird am Anschluss Treptower Park mit 60 000 Kfz/24h und Sonnenallee mit 90 000 Kfz/24h prognostiziert. Beim 17. BA wären es 90 000 bzw. 120 000, weshalb der Tunnelabschnitt 2 x 4 Fahrspuren bekommen soll.



Fotos: Christian von Steffeln

Berlin, September 1741 – Grundsteinlegung für die Königliche Hofoper geplant. Es gibt Probleme mit dem Sand, dem Wasser – die Hofoper steht mitten im Urstromtal. Es werden mehr Holzpflöcke für das Fundament benötigt als eingeplant. Das ist in der Kalkulation nicht vorgesehen. Das Holz muss aus Polen importiert werden. Zu den Mehrkosten kommt zeitlicher Verzug. Im Frühjahr 1742 ist das zusätzlich zur Verfügung gestellte Geld schon wieder aufgebraucht. Die Bauarbeiten ziehen sich hin. Am 7. Dezember 1742 wird das halbfertige Opernhaus eröffnet. Fertig geworden ist die Oper dann im Oktober 1743. Nicht genau überliefert sind die tatsächlichen Kosten. Mutmaßlich sollen es statt der ursprünglich geplanten 600 000 eine Million Reichstaler gewesen sein.

Berlin, Februar 2013 – Pleiten, Pech und Pannen begleiten die Sanierung der Staatsoper von Anfang an. Der tatsächlichen Sanierung vorausgegangen war ein heftiger Streit zwischen Traditionalisten, die einen Erhalt des Zuschauersaals nach Paulick vorsahen und progressiven OpernfreundInnen. Klaus

Roth hatte im Mai 2008 mit einem modernen Saal-Entwurf den Architekturwettbewerb gewonnen. Diese Variante wurde im Juli 2008 vom Senat einkassiert. Keiner der prämierten Entwürfe des Architektenwettbewerbs sei in der Lage, dem Denkmalschutz Rechnung zu tragen, so die damalige Begründung des Regierenden Kultursenators Wowereit. Es gab eine zweite Runde, die explizit nicht als Architekturwettbewerb, sondern als öffentliches Vergabeverfahren mit Betonung auf Denkmalschutz ausgeschrieben wurde. Im Frühjahr 2009 erfolgte die zweite Vergabe an das Architekturbüro HG Merz.

Durch die Fokussierung auf die baulichen Veränderungen des Opernsaals war vielen lange die eigentliche Dimension des Bauvorhabens nicht klar: Es handelt sich um die komplette Grundsanierung des Opernhauskomplexes, vor allem, um das Problem der aufsteigenden Feuchtigkeit zu beseitigen, einschließlich einer Anhebung der Decke zur Verbesserung der Akustik im Zuschauerraum. Das Intendantengebäude wird saniert und ein Teil des Magazingebäudes als Probenzentrum umgebaut. Zwischen diesem Probenzentrum und dem Operngebäude wird ein unterirdisches Bauwerk errichtet. Hier sollen zwischen den Proben und den Aufführungen die Kulissen hin- und hergeschoben, z. T. auch im Tunnel vormontiert, aber auch teilweise gelagert werden (Anm.: Da dieses Bauwerk – weil unterirdisch – voll klimatisiert werden muss, fallen allein hier zukünftig Betriebskosten von ca. einer Mio Euro im Jahr an).

Bereits in der Planungsphase nimmt das Unheil seinen Lauf

Die Krux begann m.E. in dem Moment, als wegen der Verzögerungen bei der Vergabe von Planungsleistungen die

Planungszeit von 27 auf 18 Monate und die Sanierungszeit wider besseren Wissens von fünf auf drei Jahre verkürzt wurde. ExpertInnen hatten damals vor den damit verbundenen höheren Zeit- und Kostenrisiken gewarnt. Das Eingehen dieser Risiken wurde zugunsten einer schnellstmöglichen Wiederinbetriebnahme der Staatsoper von allen Beteiligten, einschließlich dem Regierenden Bürgermeister und Kultursenator gebilligt und mitgetragen. Soweit der Plan. Die Realität: Der marode bauliche Zustand des Opernhauses sowie der schwierige Baugrund waren und sind ausreichend dokumentiert. Angesichts dieser Tatsachen reiben wir uns verwundert die Augen beim Lesen des Protokolls des Hauptausschusses vom 30. 01.2013, in dem die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher Zeit- und Kostensteigerungen wie folgt erklärt: „Es sind eindeutig unvorhergesehene Ereignisse. Als wir dieses Bauvorhaben begonnen haben und auch einen ehrgeizigen Zeitplan hatten, wussten wir, dass der ehrgeizig ist. Da muss man einfach mit Unvorhergesehenem rechnen und weil es unvorhergesehen ist, plant man das natürlich nicht alles von vornherein ein...“

„Unvorhergesehenes“ gab es einiges: den ungewöhnlich frühen Wintereinbruch im November 2010 mit dem erste zeitliche Verzögerungen beim unterirdischen Bauwerk einhergingen. Es folgten Teilabtragungen eines Tresorraums, Holzfunde in Tiefen von bis zu 17 m, Stahlblöcke, Wassereinträge, zwei Brandwände brachen beim Teilabriss des Intendantengebäudes auseinander, ein Abwasserrohr, das das unterirdische Bauwerk im Deckenbereich durchquert und die Transporthöhe für die Kulissen beeinträchtigt, die marode Statik des Bühnenturms, der nach Abnehmen des Daches mit rund 120 Ton-

nen Stahl gestützt werden musste, damit er nicht zusammenfällt. Da drängt sich doch die Frage auf, ob im Vorfeld sorgfältig und ausreichend begutachtet und geplant wurde oder ob das Einsparen dieser Leistungen uns jetzt teuer zu stehen kommt. Und immer noch kommt eins zum anderen und die Verantwortlichen schieben sich die Verantwortung gegenseitig zu. Unterschiedliche Vorstellungen über den weiteren Fortgang des Projektes führten dann im Herbst 2012 zur Trennung vom Projektsteuerungsbüro. Nun muss diese Leistung neu ausgeschrieben werden, nächste Verzögerungen sind absehbar.

Finanzielle Risiken nicht abschätzbar

In der Planungsphase wurde das Bedarfsprogramm diverse Male korrigiert. 2007 beliefen sich die Gesamtkosten für die Sanierung der Staatsoper auf 272 Millionen Euro. Diese Summe erklärte der Regierende Bürgermeister damals für nicht vermittelbar. In der Folge wurde ein Teil des Magazingebäudes aus der Sanierungsmaßnahme herausgenommen. Die Kosten reduzierten sich auf 239,3 Mio Euro – 200 Mio Euro zahlt der Bund, die restlichen Mittel muss Berlin aufbringen. Durch „Unvorhergesehenes“ stiegen die Kosten bis 2012 auf 242,3 Mio Euro. Im Dezember 2012 verkündete der Senat eine erneute Kostensteigerung auf 288 Mio Euro. Es ist zu befürchten, dass die Kosten noch weiter steigen werden, denn mittlerweile ist von Risiken in Höhe von 150 Mio Euro die Rede und jede Steigerung geht zu Lasten der BürgerInnen Berlins.

Für die Leitung und die Beschäftigten der Staatsoper ist der Verlauf der Sanierung eine Katastrophe. Bereits dreimal wurde der Eröffnungstermin verschoben, nach derzeitigem Stand ist der 3. Oktober 2015 auch nicht zu halten.



Dann würden die Umplanungen einer weiteren Spielzeit für die Staatsoper einen erheblichen innerbetrieblichen und finanziellen Mehraufwand bedeuten. Allein mit vier Mio Euro pro Jahr schlagen die Einnahmeausfälle im deutlich kleineren Schillertheater zu Buche. – Die Staatsoper ist mit ihrem Gebäude und ihrem erstklassigen künstlerischen Ensemble eine der wichtigsten kulturellen Attraktionen, die Berlin zu bieten hat und zieht internationales Publikum an. Ob die Sanierung tatsächlich die gewünschten Ergebnisse einer verbesserten Akustik, einer verbesserten Logistik und damit einer besseren Bespielbarkeit des Hauses bringt, ist derzeit nicht absehbar. Fest steht nur eines: Auch die Staatsoper reiht sich in die Serie der verunglückten Bauprojekte unter der Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters ein. Einmal mehr wird deutlich, dass der Berliner Senat nicht in der Lage ist, ein Bauprojekt seriös zu planen, auszuführen und im finanziellen Rahmen zu bleiben. Größer, schöner, spektakulärer muss es in Berlin immer sein, effizientes und funktionales Bauen suchen wir bisher vergebens.

Nachsatz – Geschenk an Barenboim:

Da ein Drittel des zur Staatsoper gehörenden Magazingebäudes nicht mehr genutzt werden sollte und die Sanierungskosten für das gesamte Magazingebäude vom Senat nicht aufgebracht werden konnten, wurde bei der Bauplanung ein Teil des Gebäudes abgetrennt und sollte veräußert werden. In diesen zieht nun die Barenboim-Said-Akademie ein, in der junge MusikerInnen aus dem Nahen Osten und Israel gemeinsam arbeiten sollen. Kernstück des Gebäudeteils ist ein Konzertsaal mit 700 Plätzen. Die Opernstiftung überlässt der Akademie das Gebäude für 99 Jahre zu einem symbolischen Erbpachtzins von einem Euro pro Jahr. 20 Mio Euro zahlt der Bund für die bauliche Errichtung der Akademie. Ungeklärt ist bisher, wer danach die Betriebskosten für die Akademie aufbringen soll – aber das ist eine neue Geschichte.

Sabine Bangert, MdA, kulturpolitische Sprecherin

➤ Was mit 40 Mio Euro noch ginge

- 10 Jahre die Ensembleförderung für freie Theatergruppen angemessen ausstatten
- 10 Jahre die Tanzcompagnie Sasha Waltz & guests finanzieren
- 7 Jahre die freie kulturelle Szene angemessen fördern
- den dringend notwendigen Erweiterungsbau für das Bauhaus Archiv realisieren

➤ Mehrkosten Staatsoper

- 29.200 000 Euro sind bauausführungs- und bauablaufbedingte Mehrkosten (u.a. darf sich hier das Bezirksamt Mitte über 2 Mio Sondernutzungsgebühren freuen, die durch die Verlängerung der Bauzeit entstehen)
- 3.000 000 Euro sind Mehrkosten für Ausstattung, Garderobenräume etc.
- 13.400 000 Euro sind für Unvorhergesehenes, für noch zu erbringende Leistungen



© Heidi Kosche

Damit hatte im politischen Berlin niemand gerechnet: Das Volksbegehren „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ wurde im Februar 2011 von mehr als 660 000 Berlinerinnen und Berlinern unterstützt und gewonnen. Und das, obwohl der rot-rote Senat und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses allen Bürgerinnen und Bürgern ein Infoblatt in jeden Haushalt gesendet und erklärt hatten, dass dieser Volksentscheid keinen Sinn haben würde, alle Bürger sollten gegen ihn stimmen. Die ehemals geheimen Wasserverträge mit Veolia und RWE seien mehrheitlich öffentlich und die Wasserpreise, na ja die Wasserpreise, die würden von jetzt an stabil bleiben.

Aber es geht bei der Wasserversorgung um mehr als um geheime Wasserverträge oder um die Preise für Trink- und Abwasser. Es geht darum, dass die Mehrheit der Bevölkerung – ob in Europa oder Berlin oder weltweit – keine Privatisierung des Wassers wünscht. Es besteht bei jedem das ungute Gefühl, dass bei nicht öffentlichen Wasserbetrieben das Trinkwasser irgendwann so teuer wird, dass es sich nur noch wenige leisten können. Und es besteht die berechtigte Sorge, dass bei privaten Wasseranbietern nicht ausreichend in die Infrastruktur investiert wird, denn Gewinn geht zu oft vor Investitionen. Die Wasserwerke und –leitungen müssen sorgfältig gepflegt, erneuert und gewartet werden. Das kostet Geld und schmälert den Gewinn.

Erst 2010 haben die Vereinten Nationen (UN) den Anspruch auf sauberes Wasser zum Menschenrecht erklärt und es mit einem Sonderstatus versehen. Dem sind aber schon die ersten heftigen Auseinandersetzungen um sauberes, bezahlbares Wasser vorausgegangen. Prominente Beispiele sind u.a. der legendäre Wasserkampf von Cochabamba in Bolivien im Jahr 2000, die gewonnene Volksabstimmung zur Rekommunalisierung in Felton im US-Bundestaat Kalifornien als Etappensieg in 2005, der Durchgriff der staatlichen Regulierungsbehörde Ofwat, die Investitionen für Trink- und Abwasserkanäle von RWE in London verfügte, und schließlich das Wasserreferendum in Italien von 2011.

Fakten

Der gewonnene Wasser-Volksentscheid von 2011 forderte in § 3, „alle bestehenden Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden bedürfen einer eingehenden, öffentlichen Prüfung und öffentlichen Aussprachen durch das Abgeordnetenhaus unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen“. Dies sollte in dem

Sonderausschuss „Wasserverträge“ bearbeitet werden, der für 2012 eingerichtet wurde. Dieser Ausschuss hat seine Aufgaben nicht erfüllt, weil die SPD-CDU Koalition keine umfassende, tiefgründige Prüfung zugelassen hat. Außerdem wurden keine weiteren unabhängigen Sachverständigen bzw. Gutachten zugelassen.

Das Beispiel London

Die Politik von Margaret Thatcher hat ihre Spuren hinterlassen. Die Privatisierung von Gemeingut ist in London allgegenwärtig, nicht nur beim Bahnverkehr, besonders auch beim Trinkwasser. In London hat Thames Water als privater Betreiber die Wasseranlagen und besonders die Leitungen der Stadt so heruntergewirtschaftet und so wenig darin investiert, dass die Behörden der Stadt eingreifen mussten und das Finanzvolumen für die jährlichen Investitionen vorschrieb. Thames Water, Tochter von RWE, wurde 2006 weiterverkauft, nun sitzt die Stadt wieder mit einem privaten Betreiber auf den maroden Anlagen. Und auch jetzt noch vermehren sich die Rohrbrüche in der Stadt, dabei gehen 30 Prozent Trinkwasser verloren. Weil die Wasserleitungen so mürbe sind, wird in einigen Stadtteilen der Wasserdruck stundenweise so stark gemindert, dass ab dem 4. Stock in vielen Vierteln kein Wasser mehr aus den Leitungen kommt. Betroffen sind davon auch Schulen und soziale Einrichtungen.

Das Beispiel Cochabamba (Bolivien)

Als in Cochabamba im Jahr 2000 das Wasser privatisiert und damit immer teurer wurde, war der Widerstand der Bevölkerung schließlich so heftig, dass sich das US-amerikanische Suez Konsortium zurückzog.

Das Beispiel Berlin

Ein besonders spektakuläres Beispiel ist Berlin. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) sind der größte Versorger europaweit. Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe, 1999 durch CDU und SPD eingefädelt und vollzogen, akzeptierte die Bevölkerung seit Beginn an nicht. In einer gemeinsamen Klage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der damaligen PDS vor dem Verfassungsgerichtshof von Berlin sollte die Privatisierung verhindert werden. Es gab einen Teilerfolg vor Gericht, aber die Konzerne Veolia und RWE konnten trotzdem mit 49,9 Prozent in die Berliner Wasserbetriebe einsteigen. Schon in den ersten Jahren nach Privatisierung erwiesen sich die Versprechungen, dass alles billiger, effektiver und besser werden würde, als falsch.

Seit 2003 stiegen die Wasserpreise bis heute kontinuierlich um mehr als 34 Prozent an. Berlin hat mit die höchsten Wasserpreise in Deutschland. Im Jahr 2012 verfügte das Bundeskartellamt, dass die Berliner Preise missbräuchlich zu hoch sind und gesenkt werden müssen. Für die Jahre 2012 bis 2014 soll das nun um 17-18 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 geschehen. Die BWB gehen jedoch gegen diese Verfügung gerichtlich vor. Mit dieser Klage versenken sie für juristischen Beistand bis heute gute zwei Millionen Euro „Wassergeld“, wie im Oktober 2012 die Wirtschaftssenatorin dem Abgeordnetenhaus vorrechnete.

Um der Berliner Bevölkerung die Befürchtung um zu geringe Investitionen in die Infrastruktur zu nehmen, wurde 1999 ein Vertrag mit festgelegten Positionen für die ersten zehn Jahre geschlossen. Dieser lief 2009 aus.

Seitdem tun die BWB „das was nötig ist“, so ihre Auskunft auf parlamentarische Anfragen. Für die kommenden Jahre soll der Schwerpunkt der Investitionen auf den Abwasseranlagen der Stadt liegen.

Der Berliner Wassertisch

Aus Sorge um ihre zukünftige Wasserversorgung gründete sich 2007 die Bürgerinitiative Berliner Wassertisch. Nachdem sie 2008 die erste Stufe für ein Volksbegehren mit über 20 000 Stimmen erreichte, verbot der Senat dieses und unterlag damit Ende 2009 vor dem Verfassungsgerichtshof von Berlin. In der zweiten Stufe bekam die Wasserbewegung weit mehr als die geforderten 173 000 Stimmen. Daraufhin veröffentlichte der Senat im Oktober 2010 die bisher geheimen Wasserverträge im Internet auf der Seite der Finanzverwaltung. Seiner Argumentation, jetzt sei alles öffentlich und nun könne das Volksbegehren gestoppt werden, folgte die Berliner Bevölkerung nicht. Sie votierte mit mehr Stimmen für „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“, als der rot-rote Senat für seinen Regierungsauftrag 2011 bekam.

Ob die Rekommunalisierung der BWB durch den Rückkauf der 25 Prozent RWE-Anteile in 2012 für ca. 618 Millionen durch das Land Berlin vorangekommen ist, bleibt abzuwarten. Die alten Wasserverträge von 1999 gelten nach wie vor. Damit bleibt die wirtschaftliche Leitung der BWB bei den Privaten.

*Heidi Kosche, MdB
Sprecherin öffentliche Grundversorgung,
ehem. Sonderausschuss Wasserverträge*

- Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) wurden im Jahr 1999 über eine Holdingstruktur teilprivatisiert.
- Das Land Berlin hält 50,1 Prozent, RWE und Veolia halten zusammen 49,9 Prozent der Anteile der Holding.

- RWE verkaufte 2012 seine knapp 25 Prozent-Anteile für 618 Mio Euro zurück an das Land.
- Die Wasserpreise in Berlin sind mit die höchsten in Deutschland.

- 2012 verfügte das Bundeskartellamt eine Preissenkung der Trinkwasserpreise, weil die BWB mißbräuchlich zu hohe Preise veranschlagten.
- Dagegen klagen die BWB, was bisher schon über 2 Mio Euro gekostet hat. Das Urteil wird in 2013 erwartet.



Foto: Bea Schulz

Jetzt bauen wir uns die Energiewende in Berlin selbst. Dabei kannst Du uns einfach und wirkungsvoll helfen. Der Senat hat Berlin auf den letzten Platz im Bundesländervergleich Erneuerbarer Energien geführt. Während schon heute bundesweit 25% des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren gedeckt wird, will der Senat in Berlin bis 2020 für Sonnen- und Windstrom einen Anteil von gerade mal 4,8% erreichen.

Aber gegen die Schlafmützigkeit der SPD-CDU Koalition ist ein Kraut gewachsen: das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“. Noch bis zum 10. Juni will es 200 000 Unterschriften sammeln, mit dem Ziel, einen Volksentscheid zur Bundestagswahl zu erzwingen. Wir Grüne unterstützen das Volksbegehren, weil es die Energiewende in Berlin bringen kann und seine Kernanliegen im Wesen unseren grünen Zielen entsprechen: ein Klima-Stadtwerk gründen und das bisher Vattenfall gehörende Stromnetz in Bürgerhand geben.

Bitte schneide die Unterschriftenliste rechts aus, kopiere einige Exemplare, steck sie Dir in die Jackentasche und sammle Unterschriften – auf Arbeit, im Freundeskreis, in der Kneipe... Denn so können wir 5400 Berliner Grüne einen großen Beitrag dazu leisten, dass das Volksbegehren erfolgreich ist. Dadurch würde auch die Energiewende im Berliner Bundestagswahlkampf zusätzliche Relevanz gewinnen. Auf der Rückseite der Unterschriftenliste findest Du den Gesetzesentwurf des Bündnisses Berliner Energietisch. Auf der Website www.berliner-energiesch.net gibt es eine besser lesbare Fassung und die Unterschriftenliste zum Ausdrucken.

Es gibt noch eine zweite Möglichkeit, die Energiewende in Berlin von unten zu erkämpfen: Die Genossenschaft „Bürger Energie Berlin“ möchte einen möglichst großen Anteil des Stromnetzes in Bürgerhand nehmen und die Rendite teilweise in die Energiewende

investieren. Auf www.buerger-energie-berlin.de kannst Du Dich informieren und Mitglied oder TreugeberIn der Genossenschaft werden.

Durch den wachsenden Druck hat sich die rot-schwarze Wowereit-Koalition bereits bewegt, aber nicht genug. Die Gründung eines Stadtwerks ist angekündigt, aber ohne Volksbegehren wird es nur ein kleines symbolisches Unternehmen bleiben. Und noch immer besteht die Gefahr, dass das Stromnetz weiter von Vattenfall oder mit einem schmutzigen Deal zwischen Vattenfall und dem Land Berlin gemeinsam betrieben wird. Die Koalition hat bisher keine Kriterien für die Wahl eines Kooperationspartners für den Stromnetzbetrieb festgelegt. SPD und CDU sind drauf und dran, die Fehler bei den Berliner Wasserbetrieben zu wiederholen.

Michael Schäfer, Mda
Sprecher für Energiepolitik

Berliner Energietisch _Bündnis und offene Plattform für eine soziale, ökologische und demokratisch kontrollierte Energieversorgung in Berlin. 2012 wurden die formalen Hürden für die Einleitung eines Volksbegehrens zur Rekommunalisierung der Energieversorgung genommen.
www.berliner-energiesch.net

BürgerEnergie Berlin _Die Genossenschaft will gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern das Berliner Stromnetz kaufen und in einem bürgereigenen Unternehmen selbst betreiben. Jedes Genossenschaftsmitglied hat eine Stimme – unabhängig von der Höhe seine Einlage.
www.buerger-energie-berlin.de

Kontakte

Unterschriftenliste für die Zustimmung zum

Volksbegehren über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung

- Wesentlicher Inhalt des Volksbegehrens:**
Verabschiedung eines Gesetzes mit folgender Zielsetzung:
- Errichtung von Stadtwerken als Anstalt öffentlichen Rechts, um Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen und Energieeinsparmöglichkeiten zu nutzen
 - Errichtung einer Netzgesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Ziel, die Stromnetze zum 1.1.2015 zu übernehmen
 - Entgegenwirken von Energiearmut (Energiearmut ist der mangelnde Zugang zu bezahlbaren Energiedienstleistungen)
 - Schaffung von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten durch Direktwahl des Verwaltungsrats, Initiativrecht und Versammlungen

Kostenschätzung der Trägerin:
Nach einem Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen vom 8. 9. 2011 wird der Ertragswert für das Stromnetz auf ca. 370 Mio. Euro geschätzt. Daraus ergibt sich ein Kaufpreis von etwa 400 Mio. Euro. Laut einem BGH-Urteil von 1999 ist der Sachzeitwert nur dann zulässig, wenn er den Ertragswert nicht erheblich übersteigt, in der Regel nicht mehr als 10%. Der Kaufpreis refinanziert sich langfristig über die sicheren Erlöse aus dem Netzbetrieb.

Amtliche Kostenschätzung:
Es ist davon auszugehen, dass der Sachzeitwert des Netzes ca. 3 Mrd. Euro beträgt. Da Netzübernahmen jedoch üblicherweise zu Preisen unter dem Sachzeitwert erfolgen, kann der Wert des Netzes daher auf 2 bis 3 Mrd. Euro geschätzt werden.

Wichtiger Hinweis:
Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgabeterminhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d.h. alle Deutschen, die 18 Jahre alt, mindestens seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung im Melderegister verzeichnet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Unleserliche, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterstützung ungültig. Das Gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten.

Diese Unterschriftenliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Diese Liste kann auch eingereicht werden, wenn die vorgesehene Anzahl von Unterstützungsberechtigten nicht erreicht ist.

Die Zustimmung zum Volksbegehren ist nur wirksam, wenn alle geforderten Angaben enthalten sind und die Stimmberechtigten eigenhändig unterschrieben haben. Alle Unterschriftenlisten und -bögen müssen von der Trägerin und den Stimmberechtigten bis zum Ende der Auslegungsfrist, also bis 10. Juni 2013, bei einem Bezirkswahlamt eingereicht werden. Später zugewandene Unterschriften zählen nicht mehr mit.

Name und Anschrift der Trägerin:
Berliner Energietisch
c/o BürgerBegehren Klimaschutz e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Telefon: 030 - 24 35 78 03
info@berliner-energiesch.net
www.berliner-energiesch.net

Ich stimme dem Volksbegehren zu. Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Nr.	Familienname, Vorname(n)	Geburtsstag	Straße, Hausnummer,	Postleitzahl	Ort	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Die Unterschrift muss während der Eintragszeit vom 11. Februar 2013 bis zum 10. Juni 2013 geleistet werden
1	Mustermann, Martina-Henriette	28.10.59	Musterstädter Chaussee 304 A	13685	Berlin	11.2.13	M. H. Mustermann	
2					Berlin			
3					Berlin			
4					Berlin			
5					Berlin			

* Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen!
Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin (Nr.) ist nicht unterschreibsberechtigt, weil

Nr. Begründung in Kurzform

Dienststempel

Im Auftrag





Der Wahlkampf 2013 hat längst begonnen, deutschlandweit stellen alle Parteien ihre Kandidaten auf. Die Direktkandidaten („Erststimme“) werden in den Kreisgremien von den Ortsmitgliedern geprüft und gewählt. Die Listenbewerber („Zweitstimme“) müssen sich ihren Platz auf Landesmitgliederversammlungen hart erkämpfen. So gaben am 17.2.2013 in Berlin in Spitzenzeiten fast 900 Mitglieder ihr Votum für die Anwärter ab.

Die Kandidatinnen und Kandidaten hatten sich in den Wahlgängen zum Teil äußerst knappe Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert. (Wie dieser Krimi ablief, ist ausführlich und spannend auf der folgenden Seite nachzulesen, einer Kurzfassung unseres Livetickers).

1 Unsere Fraktionsvorsitzende im Bundestag, **Renate Künast**, führt erneut die Berliner Landesliste an. Die Delegierten bestätigten das Meinungs-

bild der Mitglieder mit 91,5 Prozent. **Renate Künast** ist auch Direktkandidatin im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg.

2 Auf Platz zwei folgt der 45-jährige Bildungspolitiker **Özcan Mutlu**. Dem Ingenieur und bisherigen Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus werden auch gute Chancen zugerechnet, sich in seinem Wahlkreis Berlin-Mitte direkt durchzusetzen.

3 Auf Platz drei landete **Lisa Paus** (44). Die Finanz-Expertin vertritt uns bereits seit 2009 im Bundestag und ist Direktkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf.

4 Der 50-jährige Pankower Elektroingenieur **Andreas Otto** wurde auf den aussichtsreichen Platz vier gewählt. Er ist seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort für Bau-, Wohn- und Mietenpolitik zuständig.

5 Auf Platz fünf konnte sich die Juristin **Paula Riester** (28), ehemalige Sprecherin der Grünen Jugend Bundesverband, durchsetzen. Die Innen- und Rechtspolitikerin mit ihrem Schwerpunkt in der Flüchtlingspolitik ist bisher Fraktionssprecherin in Friedrichshain-Kreuzberg.

6 Der 31-jährige Diplominformatiker **Stefan Ziller** steht in der Berliner Bundestagsliste auf Platz sechs. Der Sozialpolitiker, bis 2011 Mitglied des Berliner

Abgeordnetenhauses, ist auch Direktkandidat in Marzahn-Hellersdorf.

7 Auf den weiteren Plätzen landeten die Vorstandsreferentin **Nina Stahr**, zugleich Direktkandidatin aus Steglitz-Zehlendorf,

8 **Michael Schäfer**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses,

9 und die Juristin **Müjgan Percin**.

➤ Wahlordnung, LDK-Ergebnisse

Auszug aus der Wahlordnung: §8 Wahlen
 (3) Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen (g.a.St.) erhält.
 (4) Erreicht keineR der Kandidierenden im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit g.a.St., so sind im zweiten nur noch diejenigen zugelassen,

die im ersten mindestens zehn Prozent der g.a.St. erhalten haben. (5) Erreicht im 2. Wahlgang keineR der Kandidierenden die absolute Mehrheit der g.a.St., so sind für den dritten nur noch die zwei mit den meisten Ja-Stimmen zugelassen.

(6) Erreicht im 3. Wahlgang keineR der beiden die absolute Mehrheit der g.a.St., so kann im vierten nur noch der- bzw. diejenige mit den meisten Ja-Stimmen antreten. (7) Erreicht niemand im 4. Wahlgang die absolute Mehrheit der g.a.St., so wird die Wahl neu begonnen.

Renate Künast
 129 Ja (91,5%), 9 Nein, 3 Enthaltungen
Özcan Mutlu
 113 Ja (80,1%), 18 Nein, 10 Enthaltungen
Lisa Paus
 137 Ja (97,2%), 1 Nein, 3 Enthaltungen

Andreas Otto
 131 Ja (93,6%), 3 Nein, 8 Enthaltungen
Paula Riester
 122 Ja (87,1%), 10 Nein, 8 Enthaltungen
Stefan Ziller
 111 Ja (79,3%), 23 Nein, 6 Enthaltungen

[11:42] Die **Boxhagener Stadtmusikanten** spielen auf, der große Saal im ehemaligen Kino Kosmos füllt sich, Freiwillige verteilen bedruckte Kekse und werben für die Person, die sie gern im Bundestag sehen würden.

[12:15] Jetzt geht's los: Der **Landesvorstand** begrüßt die Mitglieder.

[12:27] **Katrin Göring-Eckardt** hält die Inputrede, geht hart ins Gericht mit der Bundesregierung: Schwerpunkte sind unter anderem der zensierte Armut- und Reichtumsbericht, die Nicht-Beschlüsse des letzten Koalitionsgipfels, die Fehlritte der Mitglieder der Regierungskoalition und nicht zuletzt die zwölf Landtagswahlen in Folge, die Schwarz-Gelb verloren hat ... die Liste geht weiter. „Wenn sich Kristina Schröder so um die Frauen kümmern würde wie Dirk Niebel um die Männer, hätten wir schon längst die Quote.“ **Applaus** und Standing Ovationen – die Leute sitzen mittlerweile auf den Treppen und stehen in den Eingängen.

[13:06] Wir leiden hier ein bisschen an der schlechten Internetanbindung. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Wir hörten nach Katrin noch Gastreden von VertreterInnen von **Bürgerenergie Berlin** und dem **Berliner Energietisch**, die den Anwesenden ihre Initiativen vorstellen durften. Anschließend wurde der aktuelle Stand der momentan anwesenden Mitglieder bekannt gegeben: Derzeit 688 Mitglieder. Eine **Landesmitgliederversammlung** braucht 15% der Mitglieder, um beschlussfähig zu sein, das wären derzeit 811. Jetzt wird es formal: Statt der Landesmitgliederversammlung haben wir also eine **Landesdelegiertenkonferenz**. Diese beschließt, ein Meinungsbild der anwesenden Mitglieder für die Ermittlung der Listenplätze durchzuführen, welches später der LDK als Beschlussvorschlag vorgelegt wird.

Anschließend geht die LDK im Eiltempo durch die Formalien. Vorstellung Präsidium, Wahl der ganzen Wahlorganisatoren.

[13:15] Weiter geht es mit **Ansagen**: Die KandidatInnen bekommen 7 Minuten Zeit, sich vorzustellen. Anschließend werden 2 Fragen ausgelost, die während der Vorstellung eingeworfen werden. Das elektronische **Stimmergerät**, mit dem das Meinungsbild der Anwesenden gezählt wird, wird vorgestellt. Gleich die erste Frage, damit wir das Gerät testen: Haben alle Anwesenden gut geschlafen? Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, Enthaltung. Wir sind mehrheitlich gut ausgeschlafen, 15% haben sich enthalten.

[13:24] **Listenplatz 1** **Renate Künast** stellt sich als einzige Kandidatin vor. Dann kommt es zum ersten Meinungsbild. Ja 596_73,9% Nein 131_16,2%, Enthaltungen (Enth) 80_9,9%

[13:52] **Listenplatz 2** **Özcan Mutlu** [14:04] **Andreas Otto** [14:12] **Notker Schweikhardt** [14:26] Es geht in den **1. Wahlgang** 884 Stimmen, Nein 41 (4,6%), E 16 (1,8) 376 für Özcan Mutlu (42,5%), 339 für Andreas Otto (38,3%) 112 für Notker Schweikhardt (12,7%) **2. Wahlgang** mit Özcan und Andreas, Notker zieht seine Kandidatur zurück. 878 Stimmen – kein klares Ergebnis erreicht. Özcan hat 418 (47,6%) Stimmen, Andreas 406 (46,2%), 13 Mitglieder haben sich enthalten (1,5%), 41 haben gegen beide Kandidaten gestimmt (4,7%). Andreas zieht seine Kandidatur zurück. Im **3. Wahlgang** tritt nur noch Özcan an. Er erreichte 879 Stimmen, 89 Enth 26,6%, 234 Nein (26,6%), 556 Ja (63,6%).

[14:52] **Listenplatz 3** Hier hat sich gerade **Julia Bauer** vorgestellt (ein neues Gesicht. Mehr unter www.gruene-berlin.de). Danach folgt **Lisa Paus**. Das Präsidium bittet dazwischen um Ruhe. [15:00] Nach den Vorstellungen folgt nun die Fragerunde in umgekehrter Reihenfolge. Je eine Frage aus der Männer- und eine aus der Frauenbox für Lisa Paus. Eine für Julia.

[15:10] **Wahlgang 1** ist durch. 776 Stimmen wurden abgegeben. Lisa erhielt 641 Stimmen (82,6%), Julia 44 (5,7%), 43 stimmten mit Nein (5,5%), 48 haben sich enthalten (6,2%). Die Wahl ist damit abgeschlossen.

[15:14] Für den offenen **Listenplatz 4** – für den sich alle Interessierten bewerben können, kandidieren **Angelo d'Angelico, Tilo Fuchs, Andreas Otto** und **Stefan Ziller**, in dieser Reihenfolge stellen sie sich vor. (Bis auf Andreas, den wir schon bei Listenplatz 2 kennengelernt haben.)

[15:35] Die Vorstellungen sind durch, die Stimmung im Plenum ist nach drei kämpferischen Auftritten auch spürbar aufgeheizt. Die Fragen werden wieder in umgekehrter Reihenfolge der Vorstellung gestellt - es beginnt also Stefan, dann folgt Tilo, zum Schluss Angelo.

[15:50] Da sich für Angelo leider nur eine Männerfrage gefunden hat, greift das Frauenstatut - ohne Frauenfrage keine Männerfrage. Die LDK muss daher zu den Stimmkarten greifen und beschließt mit knapper Mehrheit, die Männerfrage dennoch zuzulassen, was aber durch ein anschließendes Frauenveto verhindert wird. Die anschließende Abstimmung der stimmberechtigten weiblichen LDK-Delegierten überstimmt jedoch das Veto, die Frage wird dennoch zugelassen. Großes Geschäftsordnungs- und Satzungs-Fu.

[15:58] Die Wahlergebnisse des 1. Wahlgangs für Platz 4: Angelo hat 30 Stimmen (3,7%), Tilo hat 136 Stimmen (16,9%), Andreas Otto 314 Stimmen (39,1) und Stefan Ziller 315 Stimmen (39,2%). 4 Neinstimmen (0,4%) und 5 Enth (0,5%) gab es auch noch. Im 2. Wahlgang treten Stefan und Andreas nochmals an. Insgesamt wurden demzufolge 804 Stimmen abgegeben.

[16:01] Die Wahlergebnisse des 2. Wahlgangs für Platz 4: Andreas Otto hat 439 Stimmen (54,5%), Stefan Ziller 356 Stimmen (44,2%), 8 enthielten sich (1%), 3 stimmten gegen beide Kandidaten (0,4%). Und weiter geht's in Wahlgang 5 um den nächsten Frauenplatz.

[16:06] Auf **Listenplatz 5** kandidieren **Paula Riestler, Astrid Schneider** und **Nina Stahr**. [16:25] Auf Astrid folgte Nina, die direkt nach ihrer Rede die Fragerunde eröffnen wird. Die gefühlte Temperatur und Luftfeuchtigkeit geht langsam, aber stetig, Richtung Dampfbad. [16:40] Auch Astrid und Paula stellen sich den Fragen der Delegierten, und die sind durchaus zahlreich. Und auf in den 1. Wahlgang! [16:45] Platz 5 wird direkt im ersten Wahlgang vergeben: Bei 694 abgegebenen Stimmen entfallen 382 Stimmen auf Paula Riestler (55%), 200 auf Nina Stahr (28,8%), 87 auf Astrid Schneider (12,5%). 15 Delegierte stimmten gegen alle Kandidatinnen (2,2%), 10 Mitglieder enthielten sich (1,4%).

[16:51] **Sergey Lagodinsky** eröffnet die Kandidatenvorstellung für **Listenplatz 6**, gefolgt von **Michael Schäfer**. **Stefan Ziller** kandidiert ebenfalls, allerdings ohne erneute Vorstellung. [17:08] Nach kämpferischen Reden kommt es nun zur Fragerunde.

[17:16] Und es geht in den 1. Wahlgang für Listenplatz 6. [17:20] Bei 578 abgegebenen Stimmen entfallen 81 auf Sergey (14%), 253 auf Michael (43,8%) und 236 auf Stefan (40,8%). Mit Nein stimmten 6 (1%), mit Enthaltung 2 (0,3%). Im 2. Wahlgang kandidieren Michael und Stefan erneut.

[17:24] Listenplatzkrimi! Im 2. Wahlgang entfallen 286 Stimmen auf Michael (49,3%), 282 auf Stefan (48,6%). 8 Nein (1,4%) und 4 Enth (0,7%) ergeben insgesamt 580 abgegebene Stimmen. Es geht in die 3. Runde.

[17:30] Es geht kurios weiter: Stimmgleichstand beider Kandidaten mit je 282 Stimmen (49,3%). 5 Nein (0,9%), 3 Enth (0,5%). Mit beiden Kandidaten geht es in Wahlgang 4.

[17:35] Es bewegt sich etwas: Im 4. Wahlgang hat Stefan Ziller mit 288 Stimmen (49,4%) eine Stimme mehr als Michael Schäfer (287, 49,2%). 5 Nein (0,9%) und 3 Enth (0,5%) verhindern eine Quorummehrheit. Im 5. Wahlgang steht damit nur noch Stefan Ziller zur Wahl.

[17:38] Stefan Ziller ist mit 377 Stimmen (67,4%) auf Platz 6 gewählt worden. 138 Nein (24,7%) und 44 Enth (7,9%) sind für's Protokoll und das Ende des spannendsten Wahlgangs des Tages.

[17:42] Das Präsidium wechselt, die LDK-Delegierten wählen offiziell die Listenplätze 1-6, damit alles für das Bundeswahlgesetz seine Richtigkeit hat.

[17:48] Die Partei erweist jetzt **Wolfgang Wieland** ihren Respekt, der nach vielen Jahren engagierter und leidenschaftlicher Arbeit für die AL und Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus und im Bundestag nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Danke für alles, lieber Wolfgang, und alles Gute!

[18:12] Das Präsidium dreht mit dem Segen der Delegierten die Tagesordnung: Erst wählen wir die **RechnungsprüferInnen**, erst danach bestätigen wir das Meinungsbild der Mitglieder. [18:17] **Margit Roßner** kandidiert als Rechnungsprüferin ohne Gegenkandidatin. Margit ist mit 122 Ja-Stimmen (94,6%) gewählt, 1 Nein-Stimme (0,8%) und 6 Enth (4,7%) ergeben 129 abgegebene Stimmen.

[18:22] **David Przewozny, Notker Schweikhardt** und **Bernd Seemann** treten für den offenen Platz an.

[18:25] Im 1. Wahlgang entfielen 24 Stimmen auf David (18,3%), 89 Stimmen auf Notker (67,9%) und 13 Stimmen auf Bernd (9,9%). Niemand stimmte mit Nein, 5 enthielten sich (3,8%). Damit ist Notker gewählt. Es gab 131 gültige Stimmen.

[18:38] Während die Plätze 1-6 ausgezählt werden, wird auf **Listenplatz 7** kandidiert. Es treten an: **Julia Bauer, Astrid Schneider** und **Nina Stahr**. Da die Zahl der anwesenden Mitglieder mittlerweile auf 244 zurückgegangen ist, wird auf das Einholen eines Meinungsbildes aller Mitglieder zur Ermittlung des Listenplatzes verzichtet.

[18:42] Ein Wahlgang reicht. Das Meinungsbild der LDK-Delegierten ergibt 83 Stimmen für Nina Stahr (62,9%), 31 Stimmen für Astrid (23,5%), 2 Stimmen für Julia Bauer (1,5%). Der Rest der 132 abgegebenen Stimmen verteilt sich auf 9 Enth (6,8%), 7 Nein (5,3%).

[18:48] Auf **Listenplatz 8** kandidieren **Julia Bauer, Heiner v. Marschall** und **Michael Schäfer**. Heiner darf sich vorstellen, da er zum ersten Mal kandidiert. Anschließend gibt es die Fragen von Delegierten.

[18:56] Ein Wahlgang reicht: Michael Schäfer ist mit 92 Stimmen (69,2%) auf Platz 8 gewählt, Heiner v. Marschall hat 26 Stimmen (19,5%), Julia Bauer 3 Stimmen (2,3%). 7 Nein (5,3%) und 5 Enth (3,8%) ergeben 133 abgegebene Stimmen

[19:01] Für **Listenplatz 9** kandidieren **Müjgan Percin** und **Julia Bauer**. Müjgan darf sich vorstellen, da sie zum ersten Mal zur Wahl steht. [19:05] Julia Bauer zieht ihre Kandidatur zurück, daher taucht sie auch nicht im Wahlergebnis aus. Dieses sieht wie folgt aus: Müjgan erhält 104 Ja-Stimmen (80%), 13 Nein (13%) und 8 Enth (6,2%), 130 abgegebene Stimmen.

[19:11] Der **Bestätigungswahlgang** ist abgeschlossen. (Ergebnisse siehe vorige Seite.)

[19:15] Während die Listenplätze 7-9 offiziell gewählt werden, spricht der Landesvorstand **Dank an die vielen Ehrenamtlichen** aus und Hauptberuflichen, die diese LMV möglich gemacht haben. Wir schließen uns diesem Dank ausdrücklich an!

[19:35] Der fortgeschrittene Zeitplan... wir müssen abbauen und den Saal für die nächste Veranstaltung freigeben. Auf die Plätze 7-9 wurden Nina, Michael und Müjgan gewählt. Wir wünschen Euch einen wunderschönen Abend!

Der Liveticker wurde von Nils Rusche verfasst, einem Mitglied der Webredaktion.

➤ Webredaktion

Die Webredaktion ist eine offene Gruppe, in der alle mitmachen können. Wenn Du Lust hast, Kampagnen zu unterstützen und Positionen des Landesverbandes und seiner Gremien über interaktive Informationskanäle im Internet unter

die Leute zu bringen, melde Dich bei uns! Egal ob Twitter, Facebook, Website... – wir twittern live oder berichten nicht nur von Parteitagen und grünen Konferenzen sondern auch von Aktionen des Landesverbandes oder Demonstrationen.

Wir moderieren die Facebook-Seite und beantworten Fragen von Nutzerinnen und Nutzern. Du bist dabei? Dann schreib an [Christian Honnens christian.honnens@gruene-berlin.de](mailto:christian.honnens@gruene-berlin.de)

➤ Videomitschnitt der LMV

[youtube.de > LMV Bündnis 90/Die Grünen](http://www.youtube.com/watch?v=QNOT6g-eFN0&feature=youtu.be) oder: <http://www.youtube.com/watch?v=QNOT6g-eFN0&feature=youtu.be>



Listenplatz 1 Renate Künast
 Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Persönliche Themen zur Wahl
 _Energiewende _Teilhabe unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung _Statt teurer Prestigeprojekte mehr Bürgerbeteiligung _Gerechtigkeit auch in der Bildungspolitik _Schulden begleichen _Anheben des Spitzensteuersatzes auf 49% _Verdoppelung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer und Vermögensabgabe _Anhebung der ALG-II-Sätze _Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen...

Fragen aus dem Publikum
F: Würdest Du Dein Mandat niederlegen, wenn Du Ministerin wirst?
A: „Erst mal sehen wo der Bär ist, bevor man ihn erlegt. Wer was wann bekommt, sehen wir dann. Wenn, sollte für alle die gleiche Regelung, gelten. Das fänd ich hübsch.“
F: Wie unterstützt Du Frauen?
A: Ich unterstütze Männer genauso gern. Frauen haben Mentoringprogramme entwickelt z.B. über die Heinrich-Böll-Stiftung, es gibt Netzwerkarbeit, Gesetzesinitiativen...

Kurzdaten
 *15.12.1955 in Recklinghausen, Sozialarbeiterin, Rechtsanwältin



Listenplatz 2 Özcan Mutlu
 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecher für Bildung

Persönliche Themen zur Wahl
 _Mutlu heißt glücklich. Ich hatte viel Glück. Ich bin arm und bildungsfern aufgewachsen, wurde aber gefördert. Das muss für jede und jeden gelten. _Bildung ist Ländersache, aber die Länder schaffen es nicht allein _Abschaffung des Kooperationsverbotes _Stärkung frühkindlicher Bildung _Abschaffung Bereuungsgeld _echte Ganztagschulen _Kindergrundsicherung _Equal Pay und flächendeckender Mindestlohn _Bürgerversicherung _Maßnahmen gegen Kinder- und Altersarmut...

Fragen aus dem Publikum
F: Warum sollen MigrantiInnen dich wählen?
A: 150 000 MigrantInnen mit Stimmrecht sind auf der Suche. Ich bin authentisch. **F:** Du warst unterlegen, warum trittst du noch mal?
A: Letztes Mal gegen W. Wieland trat ich nicht an, um zu gewinnen... Ein bisschen sportlichen Ehrgeiz muss man ja haben...
 Wen sonst wollt ihr wählen bei Buschkowsky und Sarrazin? ...

Kurzdaten
 *10. 1. 1968, verheiratet, 2 Kinder, Dipl. Ing. der Nachrichtentechnik



Listenplatz 3 Lisa Paus
 Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stellvertretende Politische Koordinatorin Arbeitskreis 1

Persönliche Themen zur Wahl
 _Euro- und Schuldenkrise händeln _Energiewende _soziale Gerechtigkeit _die grüne Vermögensabgabe _Reform der Erbschaftsteuer und des Ehegattensplittings > mit einer gerechten Individualbesteuerung und einer Kindergrundsicherung mehr Kinder aus der Armut holen und gezielt Familien mit Kindern fördern _Eine Finanztransaktionssteuer mit Lenkungswirkung für Zukunftsinvestitionen > Auf jeden Brötchenkauf entfällt Umsatzsteuer, doch der Handel mit Aktien und kaum zu durchschauenden Wetten auf deren Wertentwicklung in Höhe von hundert Milliarden Euro ist immer noch steuerfrei, ein niedriger Steuersatz von etwa 0,1 Prozent kann die Casinosätze entschleunigen und neue Mittel in Milliardenhöhe für Zukunftsinvestitionen einbringen > das Dienstwagenprivileg abschaffen, die umweltschädlichen Stromsteuersubventionen für die Industrie abbauen, die energetische Sanierung von Gebäuden besser fördern _überzeugte Europäerin

Kurzdaten
 *1968, Volkswirtin, 1 Kind



Listenplatz 4 Andreas Otto
 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecher für Bauen und Wohnen

Persönliche Themen zur Wahl
 _Wenn Menschen in meine Bürgerstunde kommen, beschäftigen sie vor allem die Steigerung der Mieten und die Angst ihre Wohnung zu verlieren. Dann kümmere mich um Einzelfälle, aber insgesamt kann ich nicht viel tun. Das ist keine Lösung. _Die GSW hat 65 000 Wohnungen verkauft, eine ganze Kleinstadt an die Börse gebracht. Das darf nicht noch mal passieren... _Energetische Sanierung nicht für Rendite sondern zur Energieeinsparung _Zweckentfremdung und Umwandlung von Wohnraum abschaffen _Eigentum für Neubau aber nicht für Umwandlung _A100 stoppen _Flughafen nicht mit diesen Verantwortlichen _Spitzenplatz für soziale Mietpolitik!

Frage aus dem Publikum
F: Kannst du Großprojekte, wie die A 100 kippen?
A: Der Schub ist noch nicht passiert. Wenn wir können, werden wir einen Kassensturz machen und alles sparen, was nicht funktioniert. Die A 100 ist dann dabei.

Kurzdaten
 *1962, Elektrikerlehre, seit 1985 wohnhaft mit Familie im Prenzlauer Berg



Listenplatz 5 Paula Riester
 Fraktionssprecherin in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

Persönliche Themen zur Wahl
 _humane Flüchtlingspolitik _Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen _Bürgerrechte sichern und Sicherheitsorgane kontrollieren _juristische Kompetenz für den Bundestag _aktiv auf der Straße.

F: Deine Vorstellungen zur Familienpolitik?
A: ...Jobs müssen anders bewertet werden. Es geht nicht nur um die Vorstände sondern auch darum, das ein Baggerfahrer nicht mehr verdient als eine Krankenpflegerin...
F: Wie willst du bezahlbaren Wohnraum sichern?
A: ...Roaminggebühren in der EU sind gedeckelt, aber Mieten nicht. Das kann nicht sein...
F: Wie hältst du es mit Transparenz und Beteiligung in der Politik?
A: Damit habe ich im Bezirksparlament jeden Tag zu tun, wo es z.B. auch darum geht, Kinder an Spielplatzgestaltungen zu beteiligen. Aber auch bei großen Planungsprozessen auf Bundesebene können wir einiges ändern, was Beteiligungsverpflichtungen und Fristen oder frühzeitige Information angeht.

Kurzdaten
 *1984 Berlin, Justiziarin der Forschungsorganisation Leibniz-Gemeinschaft.



Listenplatz 6 Stefan Ziller
 Direktkandidat im Wahlkreis Mahrzahn-Hellersdorf

Persönliche Themen zur Wahl
 _soziale Gerechtigkeit _grüne Garantie-rente _BürgerInnenversicherung für Alle _Mindestlohn für alle _Stärkung sozialer BürgerInnenrechte _Erhöhung des Kinderregelsatzes im ALG II _Weiterentwicklung des Bafög _Kindergrundsicherung _Ehegattensplitting abschmelzen _Ganztagschulen _Klimawohngeld oder Ökobonus _bundesweite Volksentscheide _Weiterentwicklung Enquetekommissionen _Europäischer Konvent

F: Profitiert die Grüne Jugend davon, wenn du im Bundestag bist?
A: (Gelächter)
A: Der Bundestag kann von der Jugend profitieren. **F:** Wie soll das Klimawohngeld finanziert werden?
A: Da müssen wir noch eine Position erarbeiten. ...Auf jeden Fall gilt es die Einnahmenseite des Staates zu erhöhen, z.B. über eine Erhöhung der Vermögensabgabe und des Spitzensteuersatzes.

Kurzdaten
 *1981, Dipl.-Informatiker, 2006-2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

im sinngemäßen Telegrammstil – ub

➔ **Listenplatz 7-9**

Listenplatz 7 Nina Stahr
 Vorstandsreferentin Berliner Landesverband
Persönliche Themen zur Wahl
 _neuer Politikstil gegen Verdrossenheit
 _politische Teilhabe für Bürger/innen ab 16
 _neue Wege für Grüne Familienpolitik

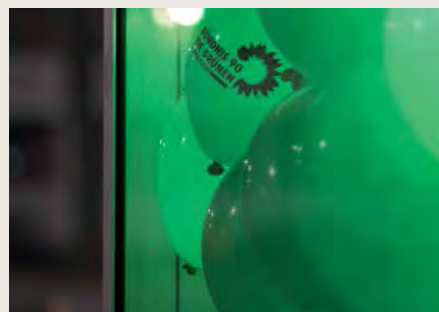
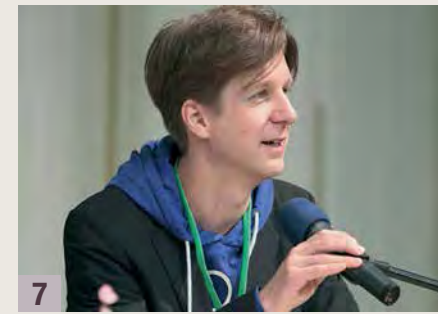
Kurzdaten
 *1982 Frankfurt a.M., seit 2005 Berlin, Staatsexamen in Englisch und Geschichte

Listenplatz 8 Michael Schäfer
 Mitglied im Abgeordnetenhaus, Sprecher für Klimaschutz und Energie

Persönliche Themen zur Wahl
 _Energiewende mit Braunkohleausstieg und Klimastadtwerk _Wertewandel
Kurzdaten
 *1973 verheiratet, drei Kinder

Listenplatz 9 Dr. Müjgan Percin
 wiss. MA bei Ingrid Hönliger im Bundestag
Persönliche Themen zur Wahl
 _Europa mit demokratischen Institutionen und Beteiligungsmöglichkeiten _Konvent für die Zukunft Europas

Kurzdaten
 *1972 verheiratet, drei Kinder Rechtsanwältin



Fotos: Bea Schulz



1 Andreas Otto nach der Wahl
 2 Renate Künast während ihrer Rede
 3 Kinderbetreuung, wie immer vor Ort
 4 Daniel Wesener, Bettina Jarasch, Renate Künast, Katrin Göring-Eckardt (v.l.n.r.)
 5 Johann Müller-Gazurek, Sibyll Klotz
 6 Karin Göring-Eckhardt im Publikum

7 Daniel Wesener
 8 Unsere gewählten Kandidaten (v.l.n.r.): Özcan Mutlu, Lisa Paus, Renate Künast, Andreas Otto, Paula Riester, Stefan Ziller
 9 Nina Stahr während ihrer Kandidatur
 10 Renate Künast im Publikum



Wolfgang Wieland

Auf der Mitgliederversammlung im Februar wurden nicht nur unsere Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Es wurde auch Abschied gefeiert: Wolfgang Wieland tritt nicht wieder an, nachdem er acht Jahre lang der grünen Fraktion im Bundestag angehört hatte. Wolfgang war seit Beginn der Grünen in Berlin, damals Alternative Liste, mit dabei: Im Abgeordnetenhaus, wo er viele Jahre Fraktionsvorsitzender war, als Senator für Justiz und Bürgermeister und eben als Bundestagsabgeordneter, wo er bis heute im Untersuchungsausschuss daran arbeitet aufzuklären, wie es möglich sein konnte, dass drei Nazi-Terroristen jahrelang unerkannt Morde an Unschuldigen verüben konnten.

Sibyll Klotz und Johann Müller-Gazurek, beide langjährige Weggefährten, hielten kurze Reden auf Wolfgang, die wir in Auszügen hier dokumentieren.

Johann Müller-Gazureks Worte
Nie werde ich Deine Rede am Abend des 30. August 1983 vergessen: Du warst Anwalt des türkischen Asylbewerbers Kemal Cemal Altun und saß neben ihm im Verwaltungsgericht, als er wegen seiner ihm hoffnungslos erscheinenden Lage aufstand, zum Fenster lief, es öffnete und sich zu Tode stürzte. Erfüllt von Emotionen, mit unerbittlicher Schärfe und mit gedanklicher Klarheit hast Du des Toten gedacht und die Asylpolitik analysiert, die mit zu seinem Tod geführt hat. Viele von uns, die an jenem Abend demonstrierten, hatten Tränen in den Augen. Zu Recht bist Du mehrmals zum besten Parlamentsredner gewählt worden. Doch diese Gabe ist nicht der Grund dafür, dass Du stets mit Spitzenergebnissen gewählt worden bist, dass Du eines der angesehensten und beliebtesten Mitglieder unseres Landesverbandes bist. Denn Du bist nicht nur einfach ein Rhetoriker. Nein, Deine Persönlichkeit spiegelt sich in Deiner Art zu reden: Unaufgeregt und bedächtig, nachdenklich und mit Witz und vor allem: Immer vermittelt Du das Gefühl, dass jedes Wort aus Deinem Innersten kommt, Deiner tiefen Überzeugung entspricht.

Aus der Rede von Sibyll Klotz
2001/02 wurden das System Diepgen/Landowsky und die CDU gestürzt – über den Bankenskandal, zu dessen Aufklärung Du und Barbara Oesterheld für uns Grüne einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet haben. Und dann wurdest Du bis zur Neuwahl Justizsenator, und ich finde ehrlich gesagt, das war die politische Rolle, die Dir am besten gestanden und gepasst hat. Darin hätten wir Dich gern länger gesehen. Du hast Dich selbst weder den Realos noch

den Fundis zuzurechnen. So richtig auf Konfliktkurs segeln, das war nie Dein Ding, manche hat das genervt. Aber Du hast damit auch die Fraktion zusammen gehalten, was – wie wir wissen – ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist. Du bist immer auf dem Boden und Du selbst geblieben, auch wenn Du Dich verändert hast. Dir haben die Insignien der Macht nie wirklich viel bedeutet. Du bist einfach eine wichtige, integre Instanz für unseren Berliner Landesverband. Ich wünsche Dir für die Zeit nach dem Bundestag das Allerbeste, bleib uns gewogen und erhalten.

Aus Wolfgangs Antwort:
In jeder Position, die in unserer Partei vertreten wird, gibt es in der Regel einen guten Kern. Sonst wären wir nicht so debattierfreudig. Man kann manches für falsch halten, aber dem anderen nicht absprechen, dass wir alle für gemeinsame Ziele kämpfen.

Wir müssen uns freimachen von dem Bild, dass nur, wer bezahlte Politik in einem Parlament vertritt, richtige Politik macht. Nein, das ist nicht so. Auch wir haben deutlich mehr Mitglieder, die es ehrenamtlich tun. An deren Seite werde ich sein.

Früher hieß es, Ihr seid eine Eintagsfliege. Dann, Ihr sei eine Ein-Generationen-Partei. Beides ist widerlegt: Wir haben einen tollen Nachwuchs, wir haben unglaublich Fähige aus der Grünen Jugend und auch sonst viele fähige Menschen, die zu uns gekommen sind.

Bei null fingen wir in Berlin an, ich war dabei. Ich bin heute dabei, wir werden fast hegemonial. Ich danke Euch für Eure Ehrung. Wir sehen uns wieder.

Neue Redaktion – In eigener Sache



Wie im Editorial bereits erwähnt: Nicht nur das Magazin, auch die Redaktion der Stachligen Argumente ist im Umbruch. Wir sind nun zwei gewählte Redakteure/in, die zukünftig mit freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Magazin gestalten. Die Argumente sollen von der Vielfalt leben, deswegen wünschen wir uns Verstärkung. Ein größeres Team hat noch mehr Ideen, bringt mehr Perspektiven ein und vor allem mehr Kraft. Letztere brauchen wir, denn Ehrenamt ist nicht immer leicht zu organisieren.

Wer also Erfahrung hat und Lust inhaltlich sowie redaktionell mitzuarbeiten, ist herzlich willkommen! Welche Themen der Landes- und Bezirkspolitik sind aktuell und wichtig? Welche grünen Debatten führen wir und wie können wir diese im Heft abbilden? Welche Projekte laufen in den Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften und sind berichtenswert? Wer hat eine gute „Schreibe“ und kann uns mit dem einen oder anderen Artikel unterstützen? All diese Fragen möchten wir gerne in einer größeren Runde diskutieren und organisieren. Damit aus dem Magazin im Umbruch ein Magazin zum Durchbruch wird.

Uta und Matthias

öffentliche Redaktionssitzung
Montag 8. April, 18.00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin

Wer unabhängig/zusätzlich digital Kontakt mit uns aufnehmen möchte:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Danke!

In den vergangenen Monaten hat sich eine Übergangsredaktion intensiv Gedanken darüber gemacht, wie die Stachligen Argumente in Zukunft aussehen sollen, um den Bedürfnissen der Leserinnen und Leser noch mehr zu entsprechen, um Einblick ins Innenleben, in die Aktivitäten vor Ort und in die parlamentarische Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen Berlin zu geben. – Die Anforderungen waren nicht leicht zu erfüllen, der Übergangsredaktion haben gewiß oft genug die Köpfe geraucht:

Die Zeitung soll insbesondere diejenigen Mitglieder fundiert informieren, die nicht täglich oder wöchentlich in Kreisverbänden oder Landesarbeitsgemeinschaften aktiv sind. Gleichzeitig soll der Igel aber stachlig bleiben, sprich Debatten, die den Landesverband beschäftigen, sollen sich im Magazin wiederfinden. Dasselbe gilt natürlich für grüne Positionen zu den großen Herausforderungen, vor denen Berlin steht – und für unsere Vorschläge der Alltagsprobleme, die die Menschen umtreiben.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin wächst, und damit wachsen auch die Anforderungen, die an uns gestellt werden. Kann man diesen auf Dauer mit einer ehrenamtlich arbeitenden Redaktion genügen – ohne Ehrenamtliche auszubeuten? Darauf haben wir gemeinsam eine Antwort entwickelt: Die Redaktion wird weiter ehrenamtlich arbeiten und öffentlich tagen. Layout und Endredaktion sind im Wesentlichen Dienstleistungen und werden auch als solche – besser als bislang – bezahlt.

Wir möchten allen Beteiligten dafür danken, dass sie so viel Zeit und Herzblut in die Weiterentwicklung der Stachligen investiert haben. Vielen Dank an Uta Belkies, Michaela Groß, Jessica Mroß, Oliver Münchhoff, Nana Nkrumah, Matthias Tang und Ronny Wenke. Die Mühe hat sich gelohnt! Und ein großes Extra-Dankeschön an Oliver und Ronny, die lange Zeit die tragenden Säulen der Stachligen-Redaktion waren und für einen guten Übergang gesorgt haben.

Bettina und Daniel, Landesvorsitzende

Kurzvita

- Rechtsanwalt, Senator a.D., Bürgermeister a.D.
- Juni 2001 bis Januar 2002 Senator für Justiz und Bürgermeister von Berlin.
- 1987 bis 1989 und 1991 bis 2004 Mitglied des Abgeordnetenhauses;
- 1987 bis 1989 Vorsitzender der Fraktion der AL (heute Bündnis 90/Die Grünen),

- 1993 bis 1998, November 1999 bis Juni 2001 und 2002 bis 2003 Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Seit Oktober 2005 Mitglied des deutschen Bundestages. Sprecher für innere Sicherheit, Mitglied und Obmann im Innenausschuss und im NSU-Untersuchungsausschuss.

Mitmachen thematisch – Landesarbeitsgemeinschaften

Bildung

14-tägig, Mittwoch 19.30 Uhr im *Abgeordnetenhaus (AH) Stefanie Remlinger, 030-23 25-24 73 stefanie.remlinger@gruene-fraktion.de Torsten.Wischnowski@gruene-pankow.de

Bio und Gentechnik

2. Montag 19:30 Uhr, im Grünen Igel-Büro, Dresdner Str. 10, 10999 Berlin Joachim Eul, Tel. 030-623 4145 joachim.eul@snauf.de Marion Schmidt, noiram7@freenet.de

Bündnisgrüne ChristInnen

3. Donnerstag 19.15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im *AH Alexander Barthel, lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14-tägig, Montag 19.30 Uhr im *AH Axel Bussmer demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

2. Dienstag 20 Uhr, Grünes Igel-Büro, Dresdener Str. 10, 10999 Kreuzberg, Thomas Faulenbach LagDrogenBerlin@aol.de

Energie Brandenburg Berlin

4. Mittwoch 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen Marion Hasper, marion.hasper@umtech.com 0162/905 45 00

Europa

14-tägig Montag 19 Uhr im*AH Angela Schultz-Zehden, Christian Beck lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik

3. Mittwoch 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle Christoph R. Alms christoph.alm@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

14-tägig Montags, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle Julija Uzinova, Martin Wilk, martin.wilk@me.com

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen! 19.00-21.00 Uhr im *AH wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

Montag ab 19 Uhr, in der Dirschauer Str. 13 Friedrichshain, Kati Bachnik, 0176/32 53 04 17 Vito Dabisch, 01577/5 36 26 22 info@gruene-jugend-berlin.de Website gj-berlin.de, twitter.com/gjberlin

Kultur

3. Mittwoch und unregelmäßig „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen, Notker Schweikhardt, 0172/3 81 80 07 notker.schweikhardt@gruene-berlin.de Antonia Simon, 0171/4 64 50 11 antoniasimon@gmx.de

Medien

2. Mittwoch um 19:30 Uhr im *AH (Termin bitte erfragen), Matthias Tang 0171/7 03 54 92 matthias.tang@gruene-berlin.de

Migration

letzter Mittwoch im *AH, Alexander Klose alexander.klose@fu-berlin.de

Mobilität

1. Mittwoch (Ort/Termin bitte erfragen) Martin Kasztantowicz, Theresa Theune lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag, Ort/Termin siehe Website Tobias Schwarz, Sandra Mamitzsch netzpolitik@gruene-berlin.de

QueerGrün

letzter Mittwoch um 19 Uhr im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1 Maria Meisterernst, Ulli Reichardt queer@gruene-berlin.de

Umwelt

Monatlich Montag um 19 Uhr (Ort/Termin bitte erfragen) Wiebke Lemmert, 030-83 10 63 63 umwelt@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14-tägig Donnerstag 19 Uhr, in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1, Wolfgang Remmers, lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

1. Mittwoch 18.30 Uhr im *AH Eva Marie Plonske, Michael Greiner Evamarie.Plonske@gruene-fraktion-berlin.de Michael.Greiner@gruene-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

3. Mittwoch 19.30 Uhr (Ort bitte erfragen) Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de daniel.gollasch@gruene-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

3. Mittwoch 19 Uhr, im *AH Joachim Behncke ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Mensch und Tier

alle 2 Monate letzten Mittwoch, 19 Uhr im *AH Christina Söhner, Christina.Soehner@gmx.de

AG Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

letzter Freitag 18 Uhr im *AH Johannes Wätzmann, ag-bauen@gruene-berlin.de

AG Verbraucherschutz

1. Mittwoch 19 Uhr im *AH Tilo Fuchs, Tilo.fuchs@gruene-berlin.de Turgut Altug, 0163/1 58 26 77 Turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin Tel.: 6 15 00 50 - Fax: 61 50 05 99 E-Mail: info@gruene-berlin.de Mo-Do von 10-13 und 14-18 Uhr Fr von 10-14 Uhr

*Abgeordnetenhaus (AH) von Berlin

Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin 5 Minuten vom S-Bhf Anhalter Bahnhof und vom Regional-, S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz

➔ www.gruene-berlin.de

Mitmachen vor Ort – Kreisverbände

Charlottenburg-Wilmersdorf

Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin Tel.: 86 42 33 00 - Fax: 86 39 78 65 E-Mail: kv@gruene-cw.de www.gruene-cw.de

Friedrichshain Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin Tel.: 6 14 31 46 - Fax: 6 14 31 42 E-Mail: info@frieke.de www.frieke.de oder www.gruene-xhain.de

Lichtenberg

Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin Tel.: 32 53 42 39 - Fax: 40 03 68 20 E-Mail: buero@gruene-lichtenberg.de www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin Tel.: 5 41 40 19 - Fax: 70 24 88 95 E-Mail: info@gruenemarzahnhellersdorf.de www.gruenemarzahnhellersdorf.de

Mitte

Hessische Str. 10, 10115 Berlin Tel.: 45 08 28 18 - Fax: 45 08 28 20 E-Mail: mitte@gruene-berlin.de www.gruene-mitte.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin Tel.: 67 12 08 12 - Fax: 67 12 08 11 E-Mail: info@gruene-neukoelln.de www.gruene-neukoelln.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin Tel.: 50 18 03 39 - Fax: 50 18 03 41 E-Mail: buero@gruene-pankow.de www.gruene-pankow.de

Reinickendorf

Brunowstraße 49, 13507 Berlin Tel.: 80 92 68 99 - Fax: 9 02 94 21 91 E-Mail: kreisverband@gruene-reinickendorf.de www.gruene-reinickendorf.de

Spandau

Jagowstr.15, 13585 Berlin Tel.: 3 35 97 14 - Fax: 3 36 02 73 E-Mail: alsandau@freenet.de www.alsandau.de

Steglitz-Zehlendorf

Schildhornstr. 91, 12163 Berlin Tel.: 85 07 41 53 - Fax: 85 07 41 54 E-Mail: kreisverband@gruene-suedwest.de www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin Tel.: 53 60 41 46 E-Mail: kiezbuero@gruene-ts.de www.gruene-ts.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin Tel.: 65 49 42 30 E-Mail: treptow-koepenick@gruene-berlin.de www.gruene-treptow-koepenick.de

Grüne Jugend Berlin

Madeleine Richter, Tel. 0176/70 57 31 87 Vito Dabisch, Tel. 0157/75 36 26 22 E-Mail: vorstand@gruene-jugend-berlin.de www.gruene-jugend-berlin.de



einige Abkürzungen, nicht schön, aber nützlich

AG	Arbeitsgemeinschaft
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BDK	Bundesdelegiertenkonferenz = Bundesparteitag
BFR	Bundesfinanzrat = Gremium der Landesschatzmeister
BGS	Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
BI	Bürgerinitiative
BTW	Bundestagswahl alle vier Jahre
BuVo	Bundesvorstand
FR	Finanzrat
GJ	Grüne Jugend
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
KGS	Kreisgeschäftsstelle
KV	Kreisverband
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
LaVo	Landesvorstand
LDK	Landesdelegiertenkonferenz = Landesparteitag
LFR	Landesfinanzrat = Gremium der Kreisschatzmeister
LGS	Landesgeschäftsstelle
LA	Landesausschuss = kleiner Parteitag auf Landesebene
LR	Länderrat = kleiner Parteitag auf Bundesebene
LV	Landesverband
MdB	Mitglied des Bundestages
MdE	Mitglied des Europaparlaments
MdL	Mitglied des Landtags (Flächenland)
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MV	Mitgliederversammlung
OV	Ortsverband

Alle Kreisverbände und (Landes-)Arbeitsgemeinschaften treffen sich regelmäßig. Du bist jederzeit willkommen zu schauen, Dich auszuprobieren, Themen einzubringen... – egal ob regelmäßig oder so, wie es passt.

26.-28. April
Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)
im Velodrom (Landsberger Allee), Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms

Voraussichtlich 1. Juni
Großstädtekonferenz in Berlin

8./9. Juni: **Mitgliederentscheid** in den Kreisverbänden über die zehn wichtigsten Forderungen aus dem Wahlprogramm

14. Juni ab 17 Uhr: **Roadshow zur Wahlkampf-Kampagne** des Bundesverbandes (Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor)

15. September
Landtagswahl Bayern

22. September
Bundestagswahl und Landtagswahl in Hessen